

Wochensatz 48 Pf., monatlich 1,40 M., im voraus zahlbar. Postbezug 1,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitung. — 12 Bg. Postbestellgebühr. Auslandabonnements 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal: Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilagen „Woll und Seil“ und „Runderfreund“. Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Braunstimme“, „Lehrling“, „Wort in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 2.

Freitag
13 September 1929

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die „Vorwärts“-Korrespondenten
in Berlin, Reichsweite 4.— Reichsweite
„Kleine Anzeigen“ das unge-
druckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei
getragene Worte) jedes weitere Wort
12 Pfennig. Einzelstücke des ersten
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
60 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft. Druckgebühr 4. wochentags
von 8.— bis 12 Uhr.

Ein wichtiges Geständnis.

Teilnahme am Bombenanschlag zugegeben / Ehrhardts Geschäftsführer verhaftet.

Altona, 12. September.

Die bisherigen Vernehmungen der unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Bombenattentat Verhafteten hatte, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, das Ergebnis, daß einer der Verhafteten zugegeben hat, bei einem Bombenattentat zugegen gewesen zu sein. Sein Name wird im Interesse der weiteren Untersuchung vorläufig nicht genannt. Weitere Verhaftungen scheinen bevorzustehen.

Zu dem bereits amilich bekanntgegebenen Geständnis eines der unter dem Verdacht der Mittäterschaft an den Bombenanschlägen Verhafteten, erfährt die Telegraphen-Union von zuverlässiger, nicht-amilicher Seite, daß der verhaftete Syndikus Weichte am Donnerstag das Geständnis abgelegt hat, daß er den Sprengstoffanschlag auf das Haus des Amisvorstehers in Weidenfleth am 28. November vorigen Jahres mitverübt hat. Es war dies bekanntlich der erste der Anschläge.

Eine weitere bemerkenswerte Aussage hat Nicksels gemacht. Er erklärt, daß er für die in „Kehoe“ erscheinende Zeitung „Das Landvolk“ Aktien vertrieben habe. Er habe dabei das Recht gehabt, Gelder einzufassen und sie bis zu der Höhe seines Gehalts zur Deckung einzubehalten. Man kennt auch eine Reihe von Landwirten, bei denen er in dieser Angelegenheit vorgesprochen hat, und diese bestätigten bereits Nicksels Tätigkeit für die Zeitung „Das Landvolk“.

Waffenlager der Attentäter.

Altona, 12. September.

Im Verlauf der Vernehmung der im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen hier verhafteten Personen, die auf dem hiesigen Polizeipräsidium auch heute weitergeführt wurde, haben sich Verdachtsmomente dafür ergeben, daß sich in Altona ein Waffenlager befindet. Die Kriminalpolizei hat sofort Maßnahmen zur Aushebung des Lagers ergriffen.

Die Spur zu Ehrhardt.

OC-Mann Plaas verhaftet.

Der Polizeipräsident von Berlin teilt mit: Am Nachmittage des 12. September erschien der der Mittäterschaft an den Bombenattentaten verdächtige Geschäftsführer Plaas mit einem Brief des Kapitäns a. D. Ehrhardt auf dem Polizeipräsidium und stellte sich zur Vernehmung. Nach Abschluß dieser Vernehmung wurde Plaas, in dessen Wohnung bei der Durchsuchung eine Sprengkapsel Nr. 8, wie sie bei den Bombenattentaten verwendet wurde, und 174 Schuß-S-Munition gefunden worden sind, in Haft genommen.

Der Brief Ehrhardts.

Der Brief Ehrhardts lautet:

„An das Polizeipräsidium Berlin, Abteilung I A. Auf Grund der Pressenachrichten, die mich und meinen politischen Anhängerkreis in Verbindung mit den Bombenattentaten bringen, habe ich meine politischen Vertrauensleute zu einer Tagung berufen. Ich mache dem Polizeipräsidium diese Mitteilung, um von vornherein irgendwelchen Kombinationen oder Gerüchten die Unterlage zu entziehen. Ich gebe dabei von der Voraussetzung aus, daß es Aufgabe der Polizei ist, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Zu meinem Erstaunen habe ich gesehen, daß das Polizeipräsidium es bisher nicht für erforderlich gehalten hat, der Presse irgendeine Richtigeitstellung, die meine Person oder die Tätigkeit in meinem Bureau betrifft, zu stellen. Ich habe festgestellt, daß nach der Liste der Verhafteten, die mir durch die Presse vorliegt, außer Techow und dem in Berlin wohnenden Ernst v. Salomon niemand zu meiner aus den Jahren 1921 und 1922 bekannten Organisation (Neudeutscher Bund) oder zu dem später gegründeten Wikingbund gehört hat. Daß sowohl Techow wie Ernst v. Salomon an der jetzt schwebenden Sache völlig unbeteiligt sind, steht für mich fest und wird sich wohl auch in Kürze erweisen. Im übrigen gehören die beiden Herren schon seit längerer Zeit nicht mehr zu meinem politischen Anhängerkreis. Das dürfte der Polizei ja bekannt sein. Daß eine Organisation „D. C.“ nie bestanden hat, sondern nur in der Phantasie der Presse vorhanden war, dürfte doch ebenfalls bekannt sein, anderen-

falls verweise ich auf das Urteil des Staatsgerichtshofes. Ich stelle jedoch keineswegs das Vorhandensein einer Organisation und eines Bundes — vom Jahre 1920 beginnend bis zur Auflösung des Wikingbundes — unter meiner Führung in Abrede. Es steht für mich ferner fest, daß die Hausdurchsuchung in meinem Bureau keinerlei die Bombenattentate betreffendes Material zutage gefördert hat. Die Presse wird jedoch in dem Glauben gehalten, daß schwer belastendes Material gefunden worden sei.

Ich stehe Ihren Beamten zu jeder Auskunft hier in meinem Hause zur Verfügung. Ich habe Herrn Plaas, meinem Mitarbeiter aus meinem Bureau in Berlin, der sich seit gestern bei mir in Wuthenow befindet, Anweisung gegeben, sich beim Polizeipräsidium zu melden, da nach Pressenachrichten nach ihm gejagt wird.

Herr Ehrhardt verfügt also trotz Verbots des „Wiking“ über eine politische Organisation, die militärisch aufgezogen ist. Er hat politische Vertrauensleute, er befiehlt und gibt Anweisungen und seine Leute gehorchen. Aber eine Organisation Consul hat es niemals gegeben — ebenso wenig wie die Attentate gegen Erzberger, Rathenau und Scheidemann, wie die Sprengstoffanschläge in Hamburg, wie die Befreiung der Seeoffiziere Boldt und Dittmar. Es hat auch keine Meineide Ehrhardts gegeben — kurz, Ehrhardt und seine Leute sind nur eine Mythe.

Herr Plaas und Herr Ehrhardt sind es gewohnt, Hand in Hand zu spielen und es ist noch nicht das erstemal, daß Ehrhardt den Plaas, der auf seinen Chef unbedingt zuverlässig eingestellt ist, mit einem Schreibebrief versteht. Plaas gehört zu jenen Leuten, die im Jahre 1926 durch den Einfluß von Ehrhardt in sogenannte halbstaatliche Dauerstellungen in die Reichsmarine eingeschoben wurden, um dort „die Marine mit Wikingern zu verleuchten“. Der gesamte Briefwechsel dieser Leute, der über ihr Treiben und ihre Gefährlichkeit Aufschluß gibt, wurde im Februar 1928 von Ernst Heilmann der Öffentlichkeit unterbreitet.

Daß Ehrhardt die Verhafteten für unschuldig hält, ist ohne jeden Belang. Herr Ehrhardt ist ein Meister der politischen Zweckflüge. Das Zeugnis eines Mannes, der bewußt Meineide geschworen hat, ist ohne alle beweisende Kraft.

Verhaftungen im Rheinland.

Essen, 12. September.

Im Zusammenhang mit der polizeilichen Untersuchung der Sprengstoffattentate in Schleswig-Holstein, Lüneburg und Berlin sind am Mittwoch nachmittag in Mülheim-Ruhr drei Personen auf Ersuchen der zurzeit in Altona weilenden Berliner Kriminalpolizisten festgenommen worden.

Wie WTB zu der Festnahme von drei Personen aus Mülheim erzählt, die wegen des Verdachts, an den Bombenanschlägen in Norddeutschland beteiligt zu sein, verhaftet wurden, handelt es sich hierbei um den Juwelier Fritz Rehling, den Kaufmann Kurt Rudorff und den Konditor Anton Groß, sämtlich aus Mülheim. Die drei Verhafteten hatten einer deutschvölkischen Tagung in Rostock beigewohnt und von dort aus an den „Polizeihauptmann Nicksels“ Kartengrüße gesandt, die in die Hände der Polizei gefallen waren. Von Rostock aus hatten die drei jetzt festgenommenen Nicksels dann auch in Hamburg beschickt. Alle drei Personen wurden der Landesstrafanstalt in Essen-Ruhr zugeführt; sie bestreiten, mit den Bombenattentaten irgend etwas zu tun zu haben.

Hitler rückt frampshaff ab.

München, 12. September. (Eigenbericht.)

Die Ausbedung und Verhaftung der Bombenverschwörer veranlaßt Hitler, in einer im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichten Erklärung von der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein abzurücken. Aus dem Wortlaut der Erklärung geht hervor, daß zeitweise gewisse Beziehungen zwischen Nationalsozialisten und Landvolkorganisation bestanden haben müssen und daß Hitler „erst vor kurzem angeordnet“ hat, diese Beziehungen unter allen Umständen so rasch wie möglich zu lösen. Dieses „erst vor kurzem“ erregt den berechtigten Verdacht, daß Hitler in der letzten Zeit Einblick in die illegale verbrecherische Tätigkeit der Landvolkfürher erhalten hat und nun wenigstens nach außen hin die Brücke zu den Bombenverschwörern abzubauen für gut befindet.

„Weiße Neger.“ Das Negerproblem in Amerika.“

Von Franz Josef Furtwängler.

Haben schon von den amerikanischen Volkblutnegern nicht wenige eine hohe Stufe von Wohlstand und Bildung erreicht, so gilt dies erst recht von den Mischlingen, deren heute in den Vereinigten Staaten etwa drei Millionen leben. Ja, es gibt Rasseforscher, die behaupten, daß überhaupt nur diese Mischlinge die Befähigung zu wirklich außergewöhnlichen Leistungen aufweisen. Alle großen Männer, die man erst für Vollneger hielt, hätten sich bei Nachforschung immer wieder als Mischblut herausgestellt: so Booker Washington, der große Volkswirtschaftler, Chestnut, der Dichter, Tanner, der Maler. Das Schicksal eines solchen Halbnegers zeigt in einem außerordentlich farbigen, lebendigen Bilde die selbsterzählte Lebensbeschreibung von J. W. Johnson „Der weiße Neger“ (Frankfurter Societäts-Druckerei, 1929). In Form einer flott geschriebenen Selbstbiographie entwickelt der Verfasser das Problem des bürgerlich arrivierten Negers und Halbnegers. An Stelle des bürgerlichen Schwarzen Proletariats tritt der Rassenkampf auf höherer Stufe.

Im Norden der Union geboren, besucht er, der weiße Neger, dessen Mischblut das ungeübte Auge nicht festzustellen vermag, von dem er selbst nichts weiß, mit schwarzen und weißen Kindern die Schule. Bei einem Besuche des Direktors werden die weißen Schüler aufgefordert, sich zu erheben. Auch er steht auf. Die Lehrerin bedeutet ihm freundlich, sich zu setzen. Nachdem die Rassehaftigkeit des Erlebnisses überwunden ist, empfindet er den Keulenschlag. Sein Schicksal ist fortan verknüpft mit dem der „Nigger“, die von der übrigen Jugend auf der Straße verhöhnt werden. Gern und offen zählt er sich jetzt zu den übrigen, sieht in jeder Glanzleistung eines schwarzen Kindes in der Schule einen Sieg der Rasse — seiner Rasse. Als reiferer Junge reist er nach den Südstaaten, sieht dort das Negerleben als Massenerscheinung und die geräuschvolle lachende Harmlosigkeit des schwergeprüften Volkes, das in vermanischem Englisch endlose Scherze treibt, findet junge Mädchen „so blond, daß es einem unmöglich schien, daß auch sie schwarzer Abstammung sein sollten“. Denn: „das Widerspruchslosse im südlichen Charakter gestattet sogar Rassenvermischungen. Man spricht davon, wie von der Best oder vom Auszug. Aber ich kenne — mehrere gute Familien, die zahlreiche farbige Zweige desselben Namens hatten, die als Blutsverwandte bekannt und anerkannt waren. Und was mehr ist, es bestand für diese schwarzen Brüder und Schwestern, Onkel und Tanten, durchaus ein Gefühl der Freundschaft.“

Leberhaupt erstaunt es einem zu hören, wie dieser Anwalt des Negeriums die nördlichen und südlichen Amerikaner in bezug auf das Verhältnis zu seiner Rasse einschätzt: Standen die ersten während des Sklavenkrieges im Kampf um seine Befreiung, so meint er dennoch, sie lieben den Neger, „sozusagen abstrakt als Rasse“ und „helfen ihm aus dem Gefühl der Gerechtigkeit, der Wohlthätigkeit, des Mitleids, sich herauszuarbeiten“; aber die Weißen des Südens, die die Neger als Rasse bekämpfen, „haben häufig eine wirkliche Anhänglichkeit an das Individuum und helfen ihm auch bereitwillig“. Er wird recht haben — hier ist der Unterschied zwischen „Prinzip“ und Leben; was wir im ersten Aufzuge über was Wachsen der Regerfeindschaft im Norden berichteten, bestätigt es.

Als Zigarrenarbeiter lebt er dann unter zugewanderten Kubanern, deren spanische Sprache er ebenso leicht und vollkommen erlernt, wie später das Französische und Deutsche. Seine stärkste Seite aber ist die Musik, die Negermusik, deren Rhythmus ihm im Pulse pocht, und die ihm später Broterwerb und Lebensinhalt wird. Ein musikalischer Geldmann nimmt den Tonvirtuoson mit auf Reisen nach Europa.

Doch über diesem ganzen Leben lagert unsichtbar die Tragik der geächteten Rasse und ihres bewußten Repräsentanten; — „denn er kann sich auf die Dinge nicht als Staatsbürger, nicht als Mann, nicht einmal als menschliches Wesen einstellen, sondern nur aus der Perspektive des „farbigen Menschen“. Ist er selbst auch nicht ohne weiteres nach seiner äußeren Erscheinung als solcher erkennbar, so ist das Negerblut in seinen Adern trotzdem — ja, erst recht — sein Fluch. Kann er doch jeden Tag, in jeder Gesellschaft als „Halbblut“ entdekt werden! Dann wird er unbarmherzig ausgestoßen, wie der Vorbestrafte, dessen Vergangenheit plötzlich ruckbar wird. Freunde verlassen ihn, die Geliebte, um die er wirbt, wendet sich schauernd ab. Wahrscheinlich kennt sie die im Volke drüben weit verbreitete Meinung: daß auch aus der Verbindung mit einem noch so „weißen“ Neger spätestens in fünfter bis siebenter Generation wieder ein pechschwarzer „Nigger“ entspringen muß. Womit hat der begabte, edel gesinnte Mischling solchen Fluch des Schicksals verdient? Das Schauerhafte sollte er miterleben, was seinen

*) Siehe „Vorwärts“ Nr. 413.

Rassengenossen in der Sternbannerrepublik angetan wird: die Verbrennung eines lebendigen Menschen unter der Synchjustiz: „Er krümmte sich, wand sich, zerrte an seinen Ketten, und dann stöhnte er und stieß Schreie aus, die mir noch in den Ohren gellen. Vom Rauch ersticht, erlosch das Schreien und Stöhnen bald, aber seine Augen sprangen fast aus den Höhlen, vergeblich um Hilfe bittend, rollten sie hin und her. Einzelne aus der Menge jubelten und schrien, andere schlenen über ihre Tat entsetzt, andere wieder drehten sich angewidert um und gingen.“ So der Bericht in dem Buche, dessen liebliche Heimatschilderungen den Schwarzwaldfarrer Hansjakob ins Gedächtnis rufen, dessen Darstellung musikalischer Vorgänge an gleichartige Stellen bei Thomas Mann erinnert.

Gewiß: vom Regerproblem zeigt dies fesselnde Buch nur einen kleinen Abschnitt — den obersten aus der Gesamtlage. Der weiße Reger oberer Schicht, der uns sein Schicksal enthüllt, kämpft nicht mehr um Menschen und Staatsbürgerrechte, sondern um die gesellschaftliche Wertigkeit. Er kennt drei Klassen von Negern: einmal eine bedrückte Masse mit dem Groll des gebändigten Raubtieres, die „gern zur Hölle fahren für den ersten Weißen, der sie quält“; ferner Dienstboten von hündischer Anhänglichkeit, die jeden Weißen, der sie anständig behandelt, um dieser „Güte“ willen lieben. Beide Arten sind für seine Problemstellung ebenso gleichgültig wie er glaubt, daß diesen, weil ungebildet, die Rassenfrage gleichgültig sei. Er sieht auch nicht jene Negermassen, die weder zähnefleischende Raubtiere, noch winselnde Hunde, und die zwar „ungebildet“ sind, aber für die dennoch — und ganz besonders — ein Rassenproblem unter sozialen Formen besteht. In diesem Buche sind die Träger des ganzen Rassenproblems und die unter seiner Tragik Leidenden einzig jene oberen Negerklassen, bei denen „die Frauen mit auserlesenem Geschmack gekleidet und die Männer im Besitz korrekter Abendanzüge sind“, die aber dennoch von den Weißen gleichen Standes gesellschaftlich gemieden werden und die im Bewußtsein dieser Zurücksetzung zu einer verhärmten Isolierung mit Argwohn sich verurteilt sehen. Das ist der kleinste Teil der amerikanischen Reger. Ihr Schicksal und ihre Räte sind keineswegs für das Gesamtvolk typisch. Jedoch mit dieser ausdrücklichen Einschränkung ist das spannende Werk auch soziologisch wertvoll. Es behandelt nicht die Regerfrage, wohl aber einen besonderen und nicht uninteressanten Teil davon geschichtl., interessant und mit schöner Ursprünglichkeit. Was den objektiven Wert dieses Buches noch erhöht, ist der Umstand, daß dieselbe Tragik und fast die gleiche Problemstellung auch in anderen zukunftsreichen Ländern mit solcher Rassenschemelung existiert, im britischen zum Beispiel wie im holländischen Indien. Wie oft mußte ich bei der Lektüre an die „Eurasier“ von Britisch-Indien denken, die ein ebenso tragisches Dasein „zwischen den Rassen“ führen!

Eins nur könnte uns das Buch — weil überflüssig und unrichtig — ersparen: die immer wiederholte Begründung der gesellschaftlichen Ansprüche seines „gebildeten Regers“ mit dem Hinweis auf die musikalischen Leistungen des Negertums, und besonders auf die Tatsache des beherrschenden Einflusses dieser Musik auf Europa. Zu den Uferlandchaften des St. Johnstunes, der so viel vom Leiden des schwarzen Volkes sah, mag dessen seelenvolle Musik ebenso unzertrennlich gehören, wie die süßen Klageklänge bengalischer Saiteninstrumente zu jenem himmlischen Palmenlande. Aber was bedeutet es, wenn man uns zumutet, die Seelensprache europäischer Musik von solchen Klängen „ablösen“ zu lassen? Erinnert dies nicht an alte Rom, wo man schon in den Tagen Senecas die Künste besiegter Völker beherzig und wahllos aufnahm und deren Göttern die Tempel öffnete, um im Räulnisglanz eigenen Spätherbstes noch einmal in tausend Farben zu schillern? Für den, der in den sozialen Umwälzungen unserer Tage zusammenhängendes Geschehen sieht, bedarf es nicht solcher Begründungen für einen Emanzipationsprozeß, zu dessen Erkenntnis uns „der weiße Reger“ alles in allem einen so lesenswerten Sonderbeitrag bietet.

Neue Agrarhege.

Deutschnationale Landbündler machen mit.

München, 12. September. (Eigenbericht.)

In den letzten Wochen hat sich in der Rheinprovinz eine recht radikale Bauernvereinigung gebildet, zu der auch die aus der Separatistenzeit unruhig bekannte „Freie Bauernschaft“ gestoßen ist. Es wurde bereits eine Reihe von Versammlungen abgehalten, in denen nach dem Vorbild des schleswig-holsteinischen Landvolks eine wüste Bauernverheerung betrieben wurde. Die Hege richtet sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie, „gegen das System Severing-Grzesinski, die roten Parteiminister und die politischen Spitzhüben, die seit zehn Jahren von der Not der Bauern leben“. Die erhobenen Forderungen gipfeln in dem Ruf nach „Macht ohne Mäßigung für das nationale Deutschland, wobei an dem heutigen Staat nicht nur teilweise zu rütteln, sondern ganze Arbeit zu leisten ist.“ Die Führer der neuen Vereinigung sind einige der Oeffentlichkeit bisher noch unbekannte Leute, ein gewisser Reber und ein gewisser Fleckmann, beide aus Kallert, denen einige Angestellte des deutschnationalen Jung-Landbundes zur Seite stehen.

Große Zeit.

Die Kriegsstimmung in Sowjetrußland wird weiter genährt. Die russische Bevölkerung erlebt „große Zeit“. Damit sie die nötige Begeisterung aufbringt, ist in Moskau der Montag allgemein als fleischloser Tag festgesetzt worden.

Deutscher Richtertag. Vom 12. bis 14. September tagt in Köln der 8. Deutsche Richtertag. Am Freitag wird Landgerichtspräsident Hermjen-Koblenz über das Thema referieren: Bedarf es einer grundlegenden Justizreform?

Deutscher Anwaltstag. In Hamburg findet der Deutsche Anwaltstag statt. Nach den Begrüßungsansprachen sprach am Donnerstag Dr. Lisberg-Berlin über „Die Philosophie der Verteidigung“. Das Thema der Beratungen für Freitag lautet: Anwalt, Volk und Staat.

Amerikanisches Kongreßmitglied verbrannt. D. S. Roale, Mitglied der Farmer-Laborfraktion im Kongreß, wurde am Mittwochabend in seinem Sommerhaus von einer Feuerbrunst, die infolge der Explosion einer Petroleumlampe ausgebrochen sein soll, im Schlafe überfallen. Er verbrannte in seinem Hause, das nur noch ein Haufen rauchender Trümmer ist.

Um die Arbeitslosenversicherung.

Die gemeinsame Sitzung des Reichs- und Preußenkabinetts.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinetts und das Preussische Staatsministerium trafen gestern zu einer gemeinschaftlichen Sitzung in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung zusammen. Die Beratungen werden heute mit den Länderregierungen fortgesetzt.

Der Soziale Ausschuss berät.

In der weiteren Beratung im Sozialen Ausschuss des Reichstags begründeten die Deutschnationalen ihre Anträge auf Erweiterung der Versicherungsfreiheit in der Landwirtschaft, während die Kommunisten Anträge auf Einschränkung dieser Versicherungsbesetzung gestellt haben. Die Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Abg. Aufhäuser (Soz.) begründet zu § 72 einen Antrag, wonach Personen, die vorübergehend aus der Stadt aufs Land gehen, um in der Land- und Forstwirtschaft zu arbeiten, versicherungspflichtig bleiben. Der Antrag wird angenommen.

Frau Abg. C. Schroeder (Soz.) verlangt Abänderung der Regierungsvorlage zu § 75a, wonach geringfügige Beschäftigung versicherungsfrei ist und der Begriff geringfügig eine Beschäftigung vorliegt, wenn sie auch nicht mehr als 24 Arbeitsstunden in der Woche beschränkt ist. Rednerin führt im einzelnen aus, daß damit weite Schichten, vor allem der erwerbstätigen Frauen, von der Versicherung ausgeschlossen werden würden. Sie begründet einen sozialdemokratischen Antrag, statt 24 Arbeitsstunden 18 zu setzen.

Der Antrag wird von den Kommunisten unterstützt, dann aber mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Angenommen wird schließlich ein Eventualantrag folgenden Wortlauts: „Geringfügig ist eine Beschäftigung, wenn sie auf weniger als 24 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche beschränkt zu sein pflegt.“

Die Weiterberatungen über den Begriff „arbeitsunfähig“ (§ 88) führen zu größeren Auseinandersetzungen über den Zusammenhang mit der Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung, so daß sie in der Sitzung nicht mehr abgeschlossen werden können.

Der Ausschuss vertagt sich auf Freitag 10 Uhr vormittags.

Krach in der Hugenberg-Front.

Der Reichslandbund gegen den Entwurf.

Der § 4 des Entwurfs des Hugenberg'schen „Gesetzes gegen die Verklawung des deutschen Volkes“ fordert, daß die Mitglieder des Reichspräsidenten wegen Landesverrats vor den Staatsgerichtshof gestellt werden, die Verträge gemäß den Haager Vereinbarungen unterzeichnen. In dieser Formulierung liegt die Unterstellung, daß die gegenwärtige Reichsregierung, insbesondere der Reichsaussenminister Stresemann, im Haag Landesverrat betrieben habe. Darüber hinaus enthält dieser Paragraph eine Spitze gegen Hindenburg, der der deutschen Delegation nach dem Abschluß der Haager Konferenz Dank und Anerkennung ausgesprochen hat.

Dieser Paragraph hat zu ernstlichen Differenzen im „Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren“ geführt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit:

„Wie wir zuverlässig erfahren, hat das Präsidium des Reichslandbundes, das sich am Mittwoch mit dem Wortlaut des Volksbegehrens beschäftigte, einstimmig beschlossen, dem § 4 die Zustimmung zu verweigern. Die Veröffentlichung des Volksbegehrens in seiner jetzt vorliegenden Gestalt erfolgte, ohne daß dieses Votum des Reichslandbundes berücksichtigt wurde.“

Stahlhelm und Nationalsozialisten aber haben auf diesen Paragraphen besonderen Wert gelegt, und Hugenberg hat es vorgezogen, lieber den Reichslandbund vor den Kopf zu stoßen als die radikalen Verbände zu verstimmen. Der Reichslandbund wird geführt von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Minister a. D. Schiele. Es ergibt sich also, daß sehr prominente deutschnationale Kreise den Entwurf von vornherein für unmöglich halten. Die Diktator Hitler, Selbste und Hugenberg sind jedoch der Ansicht, daß Schiele mit den Seinen Order zu parieren habe. Das fängt gut an!

Deutschnationale beleidigen Hindenburg.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Schwacht, eine in weitesten Kreisen unbekannte Größe, ist in den engeren Vorstand des Reichsausschusses für den großen Unflug neben Hitler, Hugenberg, Schiele, Selbste und von Below gewählt worden. Wahrscheinlich ein besonderes Protektionstind des großen Alfred. Außerdem ist er katholisch und Rheinländer. So was kann man gut gebrauchen, wenn man eine Aktion gegen die Rheinlandräumung in Szene setzt.

Herr Schwacht tritt nun in einem Artikel der „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ an die Öffentlichkeit, um als Rheinländer seine Empörung über die Freudentendgebung anlässlich der im Haag beschlossenen Räumung zum Ausdruck zu bringen. Er schreibt:

Polizeifromme Kommunisten.

Sie rühmen sich ihrer guten Dienste.

Sieben Städte stritten einst um den Ruhm, die Geburtsstätte Homers zu sein. Sieben Berliner Boulevardblätter nehmen jetzt für sich das Verdienst in Anspruch, in der Bombenaffäre der Polizei die richtige Spur gemessen zu haben. In der Würde eines Meisterdetektivs fühlt sich jetzt nämlich jeder „rolandische Reporter“, der in den letzten Monaten den profunden Satz niederschrieb, daß die Bombenattentäter wahrscheinlich einer rechtsradikalen Organisation angehören müßten. Sicher wäre die Polizei von alleine auf diesen Gedanken niemals gekommen! Nur ein haben die genialen Tipgeber alle vergessen: Daß für die Polizei es nicht sowohl darauf ankommt, einen „Tip“ als vielmehr positives Beweismaterial in Händen zu haben. Der Nachweis einer Höllenmaschine, die dort oder dort aufgefunden ist, ist für die polizeiliche Nachforschung tausendmal wichtiger als der aufgeregte Hinweis auf Selbstverständlichkeiten.

Das Kuriose an der Sache ist aber, daß allen voran die beiden kommunistischen Boulevardblätter des Herrn Münzenberg sich selber gar nicht Weibrauch genug streuen können für die verdienstvolle Unterzückung, die sie der Polizei hätten angedeihen lassen. Wenn man so die diversen „Weiten“ Münzenbergs durchliest, muß man eigentlich annehmen, daß die 72000 Mark Belohnung ganz allein und ungeteilt Herrn Münzenberg zustehen, der sie sicher gut gebrauchen kann. Bei Tag und Nacht haben Münzenberg-Redakteure der Kriminalpolizei wichtige Tips ins Ohr geflüstert, durch geheimnisvolle Andeutungen über „gewisse Kreise“ haben die Münzenberg-Blätter erst der Polizei ein Licht aufgesteckt. Man ist sogar, unbekannt aller kommunistischen Steifnacktheit, beim Chef der + + + Abteilung I A („die Spiegelabteilung“ heißt sie sonst im kommunistischen Jargon), bei Herrn Regierungsdirektor Wändisch gewesen, und Herr Wändisch hat alle Spuren aufgenommen, auf die die beiden kommunistischen Spürhunde keine Polizeimasse lenkten. Seht, Leute, so brav, so ordentlich, so republikshühnend, so polizeifreundlich, so regierungstreu ist der

„Richtig und würdig wäre es gewesen, wenn wir auf Grund des Ergebnisses der Haager Konferenz, das eine deutsche Niederlage ohne gleichen darstellt, Halbmaß schlagen würden aus Trauer und Schmerz darüber, daß die Regierung die längst fällige Räumung mit der Vertreibung des deutschen Volkes über zwei Menschenalter hinaus, also für unsere Kinder und Enkel, ertauft hat.“

Die Annahme des „Schmachwerkes“ vom Haag bedeute die endgültige Anerkennung der Kriegsschuldfrage (?):

Das ist eine Beleidigung des deutschen Volkes, des Frontheeres, das seinen Herzogen für eine heilige Sache zum Schutz von Heimat und Vaterland in den Krieg zog und vier Jahre kämpfte und blutete; es ist eine Beleidigung der zwei Millionen gefallenen Helden; es ist auch eine Beleidigung Hindenburgs, der bei der Einweihung des Tannenberg-Denkmal die Kriegsschuld Deutschlands in gerechter Entrüstung zurückgewiesen hat.“

In diesem patetischen Bierbankstil geht der Artikel weiter, um in der Parole auszuklingen: „Dieber tot als Sklave!“ (So sieht Hugenberg aus! Der meldet sich lieber krank mit ärztlichem Attest.)

In diesem Gemisch ist vor allem die Wendung über die „Beleidigung Hindenburgs“ bemerkenswert. Uns scheint, daß der ganze Artikel dieses deutschnationalen Abgeordneten eine einzige Beleidigung des Reichspräsidenten darstellt: denn es steht fest, daß Hindenburg den Außenminister Stresemann und den übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation im Haag für die geleistete Arbeit und die erzielten Ergebnisse seinen Dank offiziell und öffentlich ausgesprochen hat. Es wird also Hindenburg unterstellt, daß er anstatt „würdig“, nach Schwachem Rezept, Halbmaß zu schlagen, den Vollen eines „Schmachwerkes“ in unwürdiger Weise gedankt hat. Er hat Stresemann und den anderen gedankt „für die endgültige Anerkennung der Kriegsschuldfrage“, gedankt für eine „Beleidigung des deutschen Volkes, des Frontheeres, der 2 Millionen Gefallenen“, ja er hat sogar gedankt für eine ihm, Hindenburg, angelegene Beleidigung!

Herr Schwacht ist ehemaliger Offizier. Wie verfährt man nach dem Offiziersprotokoll mit einem Offizier, der auf eine Beleidigung nicht etwa mit einer Duellforderung oder zumindest mit dem Verlangen nach Genugtuung, sondern sogar mit einer Dantesbezeugung für die ihm zugefügte Schmach antwortet: Man ertötet ihn für ehrlös und schießt ihn aus dem Offizierskorps aus.

Wann wird Herr Schwacht, deutschnationales M. d. L. und Hauptmann a. D., den Antrag stellen, Hindenburg für sein eines Offiziers unwürdiges Verhalten aus dem Offizierskorps auszustoßen?

große kommunistische Münzenberg. Was wollt ihr mehr? Man reiche Herrn Münzenberg eine Belohnung oder, falls dies nicht geht, gebe man ihm eine Anstellung bei der Polizei, Abteilung I A. Vorkenntnisse vorhanden. Jonathan.

„Attentatspsychose.“

Die „Deutsche Zeitung“, die unverschämte Partei für die Attentäter nimmt, schreibt voller Wut über das letzte Zugreifen der Polizei:

„Die Art und Weise, wie hier der Öffentlichkeit wiederum mit plumpem Schwindel gruselige Geschichten vorgeführt werden, ist bezeichnend für die von uns festgestellte und zu politischen Zwecken ins Werk gesetzte Attentatspsychose.“

Attentatspsychose? Am Ende hat es gar keine Attentate gegeben? Hier ist die Liste der Attentate:

- 27. 11. 1928: Hollensfeldt, Attentat am Hause des Amtesvorstehers.
- 28. 11. 1928: Linden Dynamit am Auto des Amtesvorstehers.
- 28. 11. 1928: Weidenfleiß, Bombe am Haus des Amtesvorstehers.
- 6. 4. 1929: Wesselburen, Handgranaten.
- 23. 5. 1929: Tyeboe, Pulver im Landratsamt.
- 29. 5. 1929: Hohenweßtedt, Pulver in der Garage des Schulrats.
- 9. 7. 1929: Riechill, Pulver am Landratsamt.
- 1. 8. 1929: Lüneburg, Bombe an der Villa eines jüdischen Rechtsanwalt.
- 29. 8. 1929: Schleswig, Bombe am Wohnhaus des Regierungspräsidenten.
- 1. 9. 1929: Berlin, Bombe am Reichstag.
- 8. 9. 1929: Lüneburg, Bombe im Regierungsrat.

Wir finden, daß die „Deutsche Zeitung“ von Tag zu Tag mehr Wert darauf legt, die Partei des Verbrechens zu nehmen.

Das Entlassungsgesuch Lunatscharffs, der seit Anfang der Sowjetdiktatur das Unterrichts- und Kunstwesen geleitet hat, ist genehmigt worden, zumal er dazu veranlaßt worden war.

Frühere Kammereinberufung beschlossen

Zum 22. Oktober.

Paris, 12. September. (Eigenbericht.)

Der französische Ministerpräsident Briand hat in dem am Donnerstag in einem Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik seinen Rechenschaftsbericht über Genf erstattet. Das Kabinett hat seine Haltung, wie es in dem offiziellen Kommuniqué heißt, „voll gebilligt“. Das letztmal, als Briand aus dem Haag zurückgekehrt war, ist diese Zustimmung „einstimmig“ erfolgt. Es scheint also diesmal einige Widersprüche gegeben zu haben.

Das Kabinett hat u. a. beschlossen, die Kammern bereits am 22. Oktober, also unmittelbar nach den am 20. Oktober stattfindenden Neuwahlen zum Senat zusammenzurufen. Die Parlamentsferien werden dadurch um reichlich drei Wochen gekürzt. Die Regierung scheint die Absicht zu haben, das Ratifizierungsgebet für den Young-Plan der Kammer sofort nach ihrem Zusammentritt vorzulegen, so daß, vorausgesetzt, daß auch in Deutschland die einschlägigen Gesetze ihre parlamentarische Erledigung gefunden haben, die neue Reparationsregelung im Laufe des November in Kraft gesetzt werden kann.

Zusammentritt der Sachverständigenkomitees.

Paris, 12. September. (Eigenbericht.)

Die im Haag in Aussicht genommenen drei Sachverständigenkomitees, denen die „Liquidierung der Vergangenheit“, die Regelung der Sachlieferungen und die Berechnung des von Deutschland und Oesterreich-Ungarn an die Sieger abgetretenen Staatseigentums zur Aufgabe gestellt ist, werden am nächsten Montag ihre Beratungen beginnen. Die deutsche Regierung wird in ihnen durch den Ministerialdirektor Dorn und die Geheimräte Martius und Wolke vertreten sein.

Ruiniere dich selbst!

Neueste Lösung der KPZ.

Paris, 12. September. (Eigenbericht.)

Um den Verfallprozeß in der kommunistischen Gewerkschaftszentrale vor der Öffentlichkeit zu verbergen, hat sich die kommunistische Partei zu einem Schritt entschlossen, der einer gewissen Komik nicht entbehrt. Sie appelliert jetzt, um die Mitgliedsverluste der kommunistischen Gewerkschaften auszugleichen, an die Nichtorganisierten; die sollen die Opposition in der Partei brechen. Dazu schreibt der sozialistische „Populaire“: „Die ‚Parteilosen‘, d. h. jene, die ihre Klassenpflicht nicht erfüllen, die sich weigern, die Prinzipien der Arbeiterkollaboration anzuerkennen und die im sozialen Kampf nur auf die eigene Sicherheit bedacht sind, werden von den Kommunisten zu Richtern eingesetzt über die Genossen aus der eigenen Partei.“

Indessen dauert das Chaos in der Partei weiter an. Die „Säuberungsaktion“ ist mit dem Hinauswurf der drei kommunistischen Gewerkschaftsführer nicht beendet. Die „Humanité“ sagt, daß es in der Partei immer noch Elemente gebe, die den Reaktionen und der Sozialdemokratie in die Hände spielen; sie behauptet, die große Sammelaktion, die dem Blatt aus freiwilligen Spenden 500 000 Franken verschaffte, werde zu undurchsichtigen Zwecken mißbraucht. Die Partei werde trotz des Zweifrontenkampfes gegen Reaktion und Sozialdemokratie nicht davor zurückschrecken, die große Säuberung im eigenen Lager bis zur letzten Konsequenz durchzuführen.

Mussolini kann es doch nicht schaffen!

Er gibt wieder mit einem Schläge sieben Ministerämter ab.

Nach und nach hatte in den letzten Jahren Mussolini fast alle Ministerien an sich gerissen und mit Unterstaatssekretären besetzt, die ihm unterstellt waren. Plötzlich überraschte er die Welt mit der Nachricht, daß er nur noch das Ministerpräsidium und das Ministerium des Innern für sich behält, dafür eine ganze Anzahl von Ministerposten teils durch die bisherigen Unterstaatssekretäre, teils durch andere Vertrauensmänner besetzen läßt. So ist Grandi vom Unterstaatssekretär zum Außenminister avanciert, Balbo zum Luftfahrtminister, General Gazzera zum Kriegsminister, Admiral Sialmi zum Marineminister, Abgeordneter Botta zum „Korporationeminister“, und der berühmte Auftraggeber zahlreicher Nordstaaten an oppositionellen Politikern, General de Bono, der als Kompromittierter nach der Somalifüste abgedrängt worden war, wird jetzt „rehabilitiert“, indem ihm Mussolini das Kolonialministerium überläßt.

Ausgeschlossen ist der katholische Unterstaatssekretär der Justiz Gentile, vermutlich auf Veranlassung des Vatikans, wegen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Vatikan-Verträge.

Soziale Reform durch Sterilisierung.

Internationaler Kongreß für Sexualreform.

London, 12. September. (Eigenbericht.)

Auf dem internationalen Kongreß für Sexualreform sprachen heute eine Reihe bekannter englischer Autoren über die Zensur von Büchern und Theaterstücken mit erotischem Inhalt. Die Redner verurteilten durchweg die Uebergänge des Staates gegen wertvolle Kunstwerke. Einen längeren Vortrag hielt Dr. Deussen, der Verfasser des auch in Deutschland erfolgreichen Schuldramas „Der junge Woodis“. Er erklärte, die Zensurbehörden seien mindestens 20 Jahre hinter der Entwicklung der allgemeinen Geistesverfassung zurückgeblieben.

Vorher verhandelte der Kongreß über die Sterilisierung von Schwachsinnigen oder unheilbar Kranken. Es zeigte sich überraschenderweise, daß die Reformen heute mit dieser Forderung viel vorrücktlicher sind als noch vor einem Jahrzehnt. Mehrere Redner betonten, daß die Wissenschaft in ihren Vorschlägen eher unsicherer als bestimmter geworden ist. Es erscheint heute fraglich, ob die Sterilisierung wirklich den gewünschten Erfolg haben würde. Ferner wurde hervorgehoben, daß jede Gesetzgebung in diesen Dingen notwendig klassenbestimmend sein müsse und deshalb mit Mißtrauen zu betrachten sei. Aus der großen Zahl der Vorschläge sei noch der eines Londoner Arztes erwähnt, der die zwangsweise Beschränkung der Familien der armen Bevölkerungsschichten auf zwei Kinder verlangte. Eventuell solle durch Gesetze die Sterilisierung aller unbemittelten Frauen mit mehr als einem Kind bestimmt werden. Eine niedrige Geburtenrate des Proletariats sei der kürzeste Weg zu sozialer Reform.

Freude, o Freude!



In der Hugenberg-Redaktion: „Erwischt... o, die armen tapfern Jungen... verhaftet... alle...?! Also schreiben Sie: Es ist mit außerordentlicher Freude zu begrüßen, daß es der Polizei nunmehr endlich gelungen ist, in Sachen der Rette von Bombenanschlägen zu Verhaftungen zu schreiten.“

Statutenrevision des Haager Gerichts.

Die Tür für den Beitritt Rußlands offengelassen.

W. Schw. Genf, 12. September. (Eigenbericht.)

Die Konferenz zur Revision des Statuts des Internationalen Gerichtshofes ist heute mit einem Ergebnis zu Ende gegangen, das einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege zum Weltgerichtshof bedeutet. Nicht nur ist der Beitritt den Vereinigten Staaten unter den bekannten Bedingungen geöffnet worden; die Haager Tür ist ganz allgemein den übrigen Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes aufgeschlossen worden.

Dieser Fortschritt knüpft zuvörderst daran, daß Brasilien, das aus Anlaß des deutschen Eintritts vor einem Jahr aus dem Völkerbunde ausstieg, den Wunsch auspricht, als Unterzeichner des Haager Gerichtshofes gleichberechtigt an den Wahlen der Richter wie andere Völkerbundmitglieder teilnehmen zu können. Dieser Wunsch ist aber nicht nur gegenüber Brasilien erfüllt worden, sondern unter tätiger Mitwirkung eines sozialdemokratischen Juristen ist im Sinne der im „Vorwärts“ vom Mittwoch Nr. 425 gemachten Ausführungen der Weg

auch für die Sowjetunion

freier als bisher gemacht worden. Es wurde nämlich bestimmt, daß für jeden außenstehenden Staat von der Bundesversammlung auf Antrag des Rates die Bedingungen geregelt werden, unter welchen er an der Wahl der Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes teilnehmen kann.“ Diese Formulierung besagt in ihrer Allgemeinheit also, daß außerhalb des Völkerbundes stehende Staaten grundsätzlich an der Richterwahl teilnehmen sollen und es nur eines Beschlusses des Rates oder einer persönlichen Vereinbarung bedarf, um den Beitritt auch der Sowjetunion zum Haager Gerichtshof zu ermöglichen.

Rechtspolitisch ist zu diesem Fortschritt zu sagen, daß die Bereitschaft der Sowjetunion, dem Haager Gerichtshof beizutreten, zur Folge haben würde, daß sie an der Wahl der Richter, und zwar im Rat und in der Versammlung teilnehmen und bei geschickter Diplomatie auch den Anspruch des Sowjetreiches auf Vertretung im Gerichtshof verwirklichen könnte. Die Wahl eines Sowjetjuristen setzt natürlich lokale Zusammenarbeit im Gerichtshof voraus, würde aber dem Sowjetjuristen Gelegenheit geben, dem sowjetischen Rechtsstandpunkt bei jedem Prozeß innerhalb des Gerichtshofes Geltung zu verschaffen.

Gewinne so die Sowjetunion Möglichkeiten der Einwirkung auf die internationale Rechtsprechung überhaupt, so wäre es eine demagogische Verdrehung zu behaupten, daß sie dadurch etwa selber in Prozesse verwickelt werden könnte, die sie mit ihren Interessen nicht für vereinbar hält. Denn einen Richter im Internationalen Gerichtshof haben, heißt noch nicht gezwungen zu sein, sich vertagen zu lassen. Die Sowjetunion ist weit entfernt davon, in einer Reihe mit den europäischen Kulturstaaten das Obligatorium anzuerkennen, sie hätte nach wie vor in jedem Falle es in der Hand, freiwillig ein Schiedskompromiß abzuschließen, um einen Streit dem Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen. Die Sowjetunion würde also im Haag die gleiche Stellung haben wie England, Frankreich, Italien vor der Unterzeichnung der Schiedspflicht. Der Gerichtshof bliebe für die Sowjetunion nach wie vor eine Stelle, vor der sie ihre Streitigkeit über die Auslegung der Verträge ausfechten kann, aber nicht muß.

Ein Beitritt der Sowjetunion zum Internationalen Gerichtshof würde der

Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Moskau und der übrigen Welt,

also der Erhaltung des Friedens dienen. Er würde die schon bisher vorhandene Zusammenarbeit in Genf ausbauen und die Autorität der höchsten richterlichen Instanz über alle Völker wesentlich stärken

England ringt um die Führung in Genf.

Genf, 12. September. (Eigenbericht.)

Die neue englische Regierung legt ihre Bemühungen, die Führung der Völkerbundsarbeiten in ihre Hand zu bekommen, im großen und im kleinen fort. Anlässlich der Uebersetzung der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid be-

tonte der englische Staatssekretär Dalton, daß England darauf bestehen müsse, daß die

englische Uebersetzung vollkommen gleichberechtigt

und in gleichem Umfang neben der französischen gegeben werde. In der Budget-Kommission, die am Nachmittag tagte, wurde u. a. ein Antrag auf Erweiterung der Kontrollkommission, die jetzt aus fünf Mitgliedern besteht, auf sieben Mitglieder behandelt. Die jetzige Zusammensetzung der Kontrollkommission ist fernerzeit aus einem Kompromiß zwischen Frankreich und England entstanden. Die fünf Mitglieder sind in der Mehrzahl Exponenten der englischen und in der Minderheit der französischen Politik. Aber die berechtigte Forderung, die Kontrollkommission durch Vergrößerung zu einem unparteiischen Ausdruck der jetzigen Zusammensetzung des Völkerbundes zu machen, wurde von den Engländern ebenso scharf abgelehnt wie von den Franzosen. Von den Großmächten stimmten nur Deutschland und Italien für die Erweiterung, die unter französischer Führung abgelehnt wurde. Diese Ablehnung ist um so peinlicher, als der Völkerbundssekretär Drummond, dessen Vorgesetzten die Kontrollkommission zu überwachen hat, sich gegen jeden Ausbau dieser Kontrolle wendet. In der Kommission für Abrüstung setzte Lord Cecil für England den Kampf um die Führung fort. Hier zugunsten einer wirklichen Kontrolle der Abrüstung gegen den Standpunkt der bisherigen französischen Mehrheit, die nur eine formelle Abrüstung erstrebt. Es ging um den Entwurf der finanziellen Unterstützung angegriffener Staaten. England, das in der Versammlung angekündigt hatte, daß es unter gewissen Bedingungen diesem Entwurf zustimmen würde, erklärte durch Lord Cecil, daß es diesen Plan als den wesentlichsten Bestandteil zur Sicherung der abgerüsteten Welt betrachte. Die Annahme des Antrages enthebe die Staaten der Notwendigkeit, Kriegsmaterial-Reserven zu halten aber andererseits könne dieser Entwurf erst im Sinne des Völkerfriedens wirken, wenn alle Staaten sich zum Schiedsgerichtsverfahren bekannt hätten und damit eine Möglichkeit gegeben sei, den Angreifer zu erkennen, und wenn andererseits alle Staaten ihren Willen zum Frieden durch Anschließung an die Abrüstungskonvention bestätigt hätten. Der dänische Außenminister Wundt schloß sich dieser englischen Richtung an, ging jedoch noch weiter, indem er darauf hinwies, daß Dänemark sich der Stimme bei der Abstimmung enthalten würde, da der Entwurf notwendig mit einer Kontrolle der Waffenherstellung und des Waffenhandels, sowie mit der allgemeinen Abrüstungskonvention verbunden werden müsse, um Mißbrauch zu verhüten.

Im Namen Deutschlands schloß sich in der Abrüstungskommission Graf Bernstorff den dänischen und englischen Bedenken gegen den Plan einer finanziellen Kriegsunterstützung ohne vorherige Abrüstung an. Der Völkerbundsrat würde in eine schwierige Lage versetzt werden, wenn er bei den heutigen Verhältnissen die Frage entscheiden soll, wer der Angreifer und wer der angegriffene Staat sei. Deutschland halte den Plan erst im Gefolge eines allgemeinen Abrüstungsabkommens für nützlich.

Die mit vieler Spannung erwarteten Ausführungen Cecils entsprachen den zuverlässigen Mitteilungen, die über die Absicht der Engländer in der Abrüstungskommission verlauten.

Danach hat England die Absicht, eine Uebersicht über den bisherigen Gang der Abrüstungsverhandlungen zu verlangen,

um nachzuprüfen, ob die Entwicklung der Abrüstungsverhandlungen noch zum Ziele einer wirklichen inhaltlichen Abrüstung führen könne. England will das französische Sicherungsverlangen entwerfen durch die Bindung der verschiedenen mit der Abrüstung in Verbindung stehenden Konventionen aneinander. Schiedsgerichtsbarkeit, Anpassung an den Kellogg-Pakt, Kriegsmaterialkontrolle, finanzielle Unterstützung der angegriffenen Staaten und Herabsetzung der Rüstungen sollen zusammen Frieden und Sicherheit verürgen.

Das Eintreten Deutschlands für eine unparteiische Behandlung des chinesischen Antrages über den Artikel 19 (Revision unhaltbarer Vertragsbestimmungen) hat alle Aussicht auf Erfolg. Die Tagesordnungskommission wagt auch am Donnerstag nicht, gegen eine Minderheit die Ausschließung einer Sachbehandlung durchdrücken und verschob die Entscheidung auf Freitag.

Kunstpflge und Schulwesen.

Debatten in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern dem Plan einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Staat zugestimmt...

In der Begründung einer Anfrage wegen der Teilnahme eines Vertreters des städtischen (kürzlich reorganisierten) Nachrichtendienstes an den Magistratsitzungen...

Zur Sicherstellung des Philharmonischen Orchesters

Forderte der Magistrat in einer Vorlage erhebliche Zuschüsse an das Orchester. Verbunden mit dieser Unterstützung ist eine stärkere Einflussnahme der Stadt auf die Verwaltung des Orchesters...

Obwohl wir nicht verkennen, daß noch dringendere soziale Aufgaben ihrer Erledigung harren, haben wir uns besonders deshalb für die Reorganisation des Orchesters entschieden...

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde von der Linksmehrheit die Erhöhung des Zuschlags zur staatlichen Grundvermögenssteuer abgelehnt...

Neubauten von Schulen

in Steglitz, Schöneberg, Wittenau, Schmargendorf und Johannisthal wurde vom Magistrat in Vorlagen verlangt. Dabei entspann sich, wie immer bei Schulfragen, eine längere und, soweit eine Zwiesprache zwischen dem Genossen Dr. Kawerau...

Wir wissen, was der bürgerlich-liberale Magistrat früher an Schulen gebaut hat: Kasernen, finstere Häuser, ohne jeden Nebentraum...

Den verbrecherischen Bombenattentätern

ist das Handwerk gelegt worden. Rechtsradikale Verbrecher aus den Kreisen der Mörder Rathenaus und Erzbergers sind verhaftet worden...

Deutschnationale u. Nationalsozialisten

gegen die Republik, ihre Symbole und ihre Einrichtungen treiben. Dieselben Parteien haben auch oft genug das republikanische Berlin beschimpft und begeifert...

Sie wählen am 17. November: Sozialdemokraten!!!



Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Später wird bekanntgegeben, daß der Infanterist Johann Epp der soundsovielten Kompagnie Selbstverstümmelung getrieben und sich der Freiheit vor dem Feinde schuldig gemacht habe...

Man feuert durch den Stiefel eine Zehe weg, aus nächster Entfernung, und erklärt gleich, kein fremder Schuh, ein eigener — ein Unglücksfall sei es gewesen...

Mut erblüht aus der Illusion, man selber sei alles und des Gegners Waffe sei im Grunde nichts oder nicht viel...

Schön warm ist es. Kommen wir nun „hinauf“ nach Russland? Oder „hinunter“ nach Italien? — Die alte Sehnsucht, endlich einmal den Westen verlassen zu dürfen...

Rein — sie bleiben. Sie werden hier weiter zerrieben, zerstückelt und verbraucht. Sie müssen sich weiter dem rasenden Tempo dieser schlimmsten aller Fronten aussetzen...

Feldwebel Fähnlein ist weg. Er hat sich in Douai, bei kurzem Aufenthalt eine galante Erkrankung leichter Art zugezogen. Er merkt die peinliche Sache mit hochrotem Kopf...

Sergeant Malz ist längst davon. Er ist damals im Trübel von Bapaume verschwunden. Hat sich eigenhändig ein Krantentäschchen ausgefüllt mit der Nachricht, daß er vierzig Grad Fieber habe...

machen, was früher veräußert wurde, Aus- und Umbauten vorgenommen werden, die natürlich Geld kosten. Da aber jetzt dann die bürgerliche Kritik ein. Das einzige, was man zugestehen könnte...

Bei der Abstimmung über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Abschaffung der Zuchtigung in den Schulen, die Einwirkung auf die Eltern, ihrerseits auf das Zuchtigungsrecht...

Zu einem Antrag bürgerlicher Parteien hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage eingebracht:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu erteilen: 1. In welcher Zahl in den letzten drei Jahren wegen Arbeitsmangel früher entlassene städtische Angestellte bei wieder auftretender Mehrarbeit (als Ausschüßkräfte) erneut wieder eingestellt worden sind? 2. ob beabsichtigt ist, erwerbslos Angestellte bei Wohl- und ähnlichen Arbeiten in entsprechender Weise zu verwenden?“

Auto vom Zug zermalmt.

Ein Toter. — Zwei Personen lebensgefährlich verletzt.

Vor den Toren Berlins hat sich gestern Abend ein entsetzliches Autounglück ereignet. Bei Seefeld wurde ein mit drei Herren besetztes Privatauto an einem Bahnübergang vom Zuge erfasst und völlig zermalmt...

Die Unfallstelle liegt zwischen den Stationen Seefeld und Blumberg an der Strecke Schiefischer Bahnhof — Briesen. Das Auto fuhr mit voller Wucht gegen den heranziehenden Zug und wurde von der Maschine erfasst...

Die Reichsbahndirektion Berlin hat sofort eine Untersuchung eingeleitet und erklärt zu der Katastrophe folgendes: Um 18.34 Uhr fuhr ein mit drei Männern besetztes Privatauto am Bahnübergang bei Bude 7 zwischen Seefeld und Blumberg auf der Chaussee, die von Berlin nach Freienwalde führt...

Die Schuld liegt hier zweifellos auf Seiten der Automobilisten, denn um 17 Uhr abends sind natürlich an diesen hellen Tagen geschlossene Schranken deutlich zu erkennen.

fürchterlichen Anfall von Gelenkrheumatismus krümmt, denn er eine Zeitlang mit allen möglichen Tabletten, sich selbst verschrieben, bekämpft hat. Es hat nichts genützt. Jetzt ist es so arg, daß er, während er von der Sanitätskompanie geholt wird, in Decken verpackt, nur stöhnend heulen kann vor Schmerzen...

Der Wechsel ist im Gang. Der Wechsel, an allen führenden oberen und unteren Stellen, kommt immer mehr in Schwung. Es wechseln die Spitzen wie bei einem Betrieb, der nicht mehr recht florieren will, wie in einem Hause bei schlechtem Geschäftsgang immer wieder ein anderer Laden sich auflut.

Nur der eine Wechsel, den die Gesamtheit der Division ersehnt: der hinüber in anderes Land — der geht nicht vor sich.

Sie ziehen hin und her an der Westfront, als seien sie dort an die Kette gelegt. Welche Plätze zwischen der flandrischen Küste und dem Elsaß sind ihnen noch unbekannt? Nicht mehr allzu zahlreiche. Sie haben Gasspiele gegeben vor Lille, vor Douai, vor Cambrai-Bapaume, vor La Fère, vor Laon. Sie sind gependelt zwischen Dignuiden am Recz und Rülshausen. Trotdem steht ihnen noch manches bevor an dieser, immer an dieser Front! Denn sie werden nicht losgekettet. Die deutschen Verzweigungsoffensiven des Frühlings und Sommers 1918 bringen ihnen so bittere Dinge wie Montdidier und Château-Thierry und ein zweitesmal die Marne.

Vorerst aber schleppen sie sich noch mitten durchs Jahr 17, werden viel herumgestoßen, kommen nirgends zur Ruhe, werden mal abgeköpft, mal aufschaukeln zu können, setzen kaum an mit einem ruhigeren Atemzug — und fliegen schon wieder mitten hinein in irgendeinen lobenden Trübel. Werden geholt, geholt und wieder geholt.

Nicht nur, daß sie müder und schlaffer werden — sie müssen immer häufiger das bißchen an Kraft hergeben, das sie noch aufzuspeichern vermögen.

Ist es ein Wunder, daß sie sich kaum noch darum kümmern, wohin man sie schiebt, wozu man sie mißbraucht? Im Grunde ist es ja immer dasselbe.

Funk ist wochenlang in einem Zustand von gespannter Befangenheit. In einem wachen Schlaf, der alles grau werden läßt, auch die Erregtheit, auch die ständige Schen vor diesem Hundeleben, auch die Sehnsucht. (Fortf. folgt.)

Berlin marschiert Sonntagnachmittag, den 15. September zum Schillerpark!

Antreten zur Demonstration 14 1/4 Uhr am Leopoldplatz — Eröffnungskundgebung / Jugendfeier / Aufführungen / Ansprachen

Kiefern und die Mittelheide. Das Berliner 20-Pfennig-Wochenende.

Die Verbindungen nach Köpenick gestatten nicht nur einen Ausflug in das östlich und südlich sich eröffnende Wassergebiet, auch für den Trockenen mehr liebenden Naturfreund ist gefordert: an der großen Umsteigestelle Köpenick-Lindenstraße geht man mit seinem 20-Pf.-Billet auf die Linie 83 über, die über Bahnhof Köpenick nordwärts führend in Mahlsdorf am Bahnhof ihr Ende erreicht. Eine jener Querverbindungen — zwei große Ausfallstraßen ausschließend —, die bisher noch spärlich um den Rand von Groß-Berlin gezogen sind, da die Eisenbahn diesen „Kleintram“ absieht und erst die Zeit kommen mußte, in der eine vorausschauende Verkehrspolitik die Linienwahl bestimmte. Wie lange noch und das Gebiet zwischen Mahlsdorf und Köpenick ist eine bewohnte Fläche. Desgleichen das sich anschließende Gebiet Kaufsdorf-Köpenick, das jetzt auch durch den Omnibus 27 erschlossen ist. Mahlsdorf-Süd und die zunächst von der Linie 83 durchfahrenen Siedlungen Wolfsgarten und Hohenhorst liegen an und im Waldgebiet, das links den Namen Köpenicker Dammforst, rechts Mittelheide führt. Wo Mahlsdorf-Süd beginnt, verlassen wir die Linie 83 und beginnen nach rechts eine Wanderung, die uns über Kiefern an das Mühlenfließ führt. Kiefern — so echt berlinisch — märkisch wie sein Name, ist das Wenige an Gebäuden, das sich dem Blicke darbietet; auch die Wäldung, das Kaffeetocher nur an den ungedeckten Tischen gestattet ist, gehört zum märkischen Bilde. Großer Kinderjubiläum schallt uns beim Weiterwandern von einer großen Waldlichtung entgegen; gleich darauf sind wir am Mühlenfließ; vor ihm die Ravenssteiner Mühle, hinter ihm das Säuglings- und Kleinkinderheim von Berlin-Lichtenberg. Etwas Idealeres als diese ruhige, von Waldluft durchsehte, ungefährliche Spiel allenthalben darbietende Atmosphäre ist nicht zu denken. Und dabei doch so nahe dem menschlichen Verkehr, dem wir auf der Prachtallee Dahlewig-Friedrichshagen zustreben, deren eine Fußgängerseite sogar mit Ruhebänken reich ausgestattet ist und bei der die Waldbetrieidung für ein Wandern im Schatten sorgt. Bald sind wir in Friedrichshagen und Wasser- und Bandoerbindungen stehen zur Rückfahrt in reicher Zahl zur Verfügung. Karte Nr. 10 des 30-Pf.-Führers der BVG.

Drei Arbeiterhäuser niedergebrannt.

Buschshagen (Kreis Franzburg, Pommern), 12. September. In einem zum Gute Buschshagen gehörenden Arbeiterwohnhaus entstand gestern nacht gegen 12 Uhr Feuer, das auch ein daneben liegendes Arbeiterwohnhaus mit Stallung ergriff. Beim Eintreffen der Strahlender Berufsfeuerwehr standen bereits

drei Gebäude in Flammen, und die Feuerwehr konnte sich nur nach auf das Wälchen der Gebäude beschränken. Die vom Brande betroffenen acht Familien erlitten erheblichen Schaden, da sie nicht versichert sind und ein großer Teil des Mobiliars, sowie der Holz-, Kohlen- und Viehfuttervorrat mitverbrannt ist; auch einiges Kleinvieh ist in den Flammen umgekommen.

22 Flugzeuge verbrannt. Großfeuer in einer Pofener Flugzeugfabrik.

Warschau, 12. September. Wie aus Posen gedrahtet wird, ist am Donnerstag morgen in der dortigen großen Flugzeugfabrik Samolot ein Riesfeuer ausgebrochen. Obgleich sämtliche Brandzüge sofort anrückten, war es infolge der großen Hitze und der explodierenden Benzin- und Ölbehälter außerordentlich schwer, an das in Flammen gehüllte Fabrikgebäude heranzukommen. Die Löscharbeiten mußten darauf beschränkt werden, eine weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Zu den Rettungsarbeiten wurde Militär und Polizei aufgeboten. Soweit bisher bekannt ist, sind 22 Flugzeuge verbrannt, und zwar vier Flugzeuge der polnischen Luftverkehrsgesellschaft Lot, sechs eben erst fertiggestellte und zehn halbfertige Maschinen. Ebenso wurde wertvolles Material und die Einrichtung der Fabrik ein Opfer der Flammen. Der Schaden soll etwa 10 Millionen Zloty betragen. Die Ursache des Großfeuers konnte bisher nicht ermittelt werden.

Bürgerliche Verkehrspolitik. Und ihre katastrophalen Folgen.

Köln, 12. September. (Eigenbericht.) Infolge der verkehrseindlichen Politik der bürgerlichen Rathausmehrheit in Köln, die vor einigen Monaten die Straßenbahnpreise erheblich erhöhte, befindet sich der Straßenbahnverkehr in ständigem Rückgang. Im Monat Juli dieses Jahres wurden auf den Kölner Straßenbahnen rund 13 710 000 Personen befördert, im Juli des Vorjahres betrug die Zahl 19 250 000. Auf den Vorortbahnen wurden im Juli 1 700 000 Personen befördert, während im gleichen Monat des Vorjahres 2 345 000 gezählt wurden. Im Durchschnitt beträgt der Rückgang mehr als 25 Proz.

Die neue Jugendlesehalle in Berlin-Mitte. Zu unserem gestrigen Bericht über die Eröffnung der neuen Jugendlesehalle im Bezirk Berlin-Mitte möchten wir noch nachtragen, daß in der Lesehalle sechzig Kinder bequem Platz finden. Unser Artikel sprach infolge eines Druckfehlers von einem Raum, der sechs Kindern Platz bietet.

Schwere Lichtstörung bei Piscator.

Im Theater am Rollendorfsplatz, der Piscatorbühne, explodierte kurz vor Anfang der Pause beim Heruntergehen des Vorhanges mit lautem Knall eine Sicherung, wodurch das Theater mit einem Schlag dunkel wurde. Um eine Panik zu vermeiden, ermahnte ein Schauspieler das Publikum zum Sitzenbleiben. Zur Beruhigung spielte die Kapelle die Pause hindurch bei dunklem Theater. Erst nach ungefähr einer dreiviertel Stunde wurde ein Scheinwerfer auf die Bühne gestellt, wodurch das Parkett notdürftig beleuchtet wurde, so daß ein Teil des Publikums die Ausgänge erreichen konnte. Nach einer weiteren Pause von ungefähr einer halben Stunde war der Schaden behoben und die Vorstellung nahm ihren Fortgang.

Neue Arbeiter-Wohlfahrtslotterie.

Der Minister für Volkswohlfahrt hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt in Berlin die Genehmigung erteilt, zur Erfüllung seiner Wohlfahrtsaufgaben in Preußen eine Wertlotterie mit einem Spielkapital von 494 500 M. zu veranstalten. Die Zahl der Lose beträgt 989 000 Stück. Preis je Los 50 Pf. Ziehungstage sind der 18. und 19. Dezember 1929.

Das Flugboot „Kohrbach-Romar“ gesunken.

Das Flugboot „Kohrbach-Romar“ ist am Dienstag, wie die Luftkassa mitteilt, durch Leckwerden des Bootkörpers in der Lübecker Bucht gesunken. Die „Kohrbach-Romar“ unternahm an dem genannten Tag einen Probeflug und befand sich gerade in geringer Höhe über dem Wasser, als plötzlich der Rotor aussetzte und eine Rottlandung sich als unvermeidbar herausstellte. Nachdem das Flugboot sich auf dem Wasser niedergelassen hatte, stellte sich heraus, daß einer der Schwimmertanks ein Leck erhalten hatte, in das das Wasser sofort eindrang. Die 13 Mann starke Besatzung — Fahrgäste befanden sich nicht an Bord — hatte das Boot vorher verlassen können. Die Bergungsarbeiten sind noch in vollem Gange.

Von einem Ziegelstein erschlagen.

Gestern nachmittag ist der 42jährige Bauarbeiter Albert Urschut aus der Reichenberger Str. 84 auf tragische Weise ums Leben gekommen. Er war auf dem Neubau Auguststraße 11 mit dem Abladen von Steinen beschäftigt. Die Steine wurden durch einen Aufzug nach oben befördert. Plötzlich löste sich ein Ziegelstein und fiel vom 4. Stockwerk durch die Rüstung in die Tiefe. Urschut wurde beim Abtrotten von dem niederfallenden Stein getroffen. Mit zerquetschter Schädeldecke blieb er liegen; bereits auf dem Wege zur Charité erlag er seiner Verletzung. Die Leiche wurde beigeschlagen.

REKORD DER BILLIGKEIT

Schönere Schuhe für weniger Geld!

6⁹⁰ Karamelfarb. Spangenschuhe mit dunkler Kappe. Moderner Herren-Halbschuh, gute Verarbeitung.

8⁹⁰ Elegante Spangenschuhe, apart kombiniert in verschied. neuen Tönungen. Braune Boxkalf-Spangenschuhe — Braune Boxkalf-Jünglingschuhe — Solide Herrenstiefel.

10⁹⁰ Echt Boxkalf-Herren-Halbschuhe, in hochmoderner breitschlonker Form, extra breit gedoppelt. Damen-Spangenschuhe mit Trotteur- u. LXV-Abs. Neuartige Kombinationen in moderner Herbstfarben.

12⁹⁰ Entzückende Spangenschuhe, z. B. echt Chevreau-Rahmanarbeit und besonders schöne zweifarbige kombin. Modelle. Vornehme Herren-Halbschuhe, modernste Ausführung in schwarz und braun mit Kerbrahmen etc.

14⁹⁰ Besonders elegante Herren-Halbschuhe in echter Rahmenarbeit oder Orig.-Goodyear gedoppelt; braun oder schwarz Boxkalf, auch mit Kerbrahmen.

Billige Liwera-Strümpfe und Liwera-Herrensocken
Bewährter Damenstrumpf, Flor oder Baumwolle 0,95
Mocco-Finish-Strumpf, 1,50
Feinmaschiger Seidenflor-Strumpf 1,75
Eleganter Strumpf aus künstl. Seide mit Flor plattiert 3,75
Herren-Socken, neue Dessins, feine Seide 0,95

Tacke

& CIE. AG., BURG B. M.

130 eigene Verkaufsstellen, davon 21 in Groß-Berlin und Potsdam

Beginn der Schwurgerichtsperiode.

Am 23. September beginnt in allen drei Landgerichten die diesjährige Schwurgerichtsperiode. Im Landgericht I führt Landgerichtsdirektor Höber den Vorsitz. Es sind bereits fünf Termine angelegt. Die Anklagen lauten auf verurteilten Mord, Brandstiftung, Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und Weineid. Am 30. September hat sich wiederum der Schiffseigner Karl Budach wegen doppelten Totfisches zu verantworten. Die Verhandlung gegen ihn am 18. März wurde damals abgebrochen, damit er auf seinen Geisteszustand untersucht wird. Im Landgericht II führt im September und November Landgerichtsdirektor Hartmann, und im Oktober und Dezember Landgerichtsdirektor Linde den Vorsitz des Schwurgerichts. Die Termine sind im einzelnen noch nicht festgesetzt. Im Landgericht III ist Landgerichtsdirektor Siegert Vorsitzender des Schwurgerichts.

Der Staatener Zeppelinmast bewilligt.

Der Magistrat hat bereits beschlossen, auf dem Flugplatz Staaken den für den internationalen Luftverkehr erforderlichen Unterbau für Luftschiffe mit einem Kostenaufwand von annähernd 1 Million Mark zu errichten. Die Verhandlungen mit dem Reich und dem Staate über eine Beteiligung an diesem Ausbau des Flughafens in Staaken sind so gefördert worden, daß voraussichtlich im Oktober den Stadtverordneten eine Magistratsvorlage über die Kosten und den Umfang der Anlage zugehen wird.

Eine achttägige Harzreise.

Seit Jahren veranstaltet der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, für seine Mitglieder und deren Angehörige preiswerte Gesellschaftsreisen, die durch den großen Zuspruch immer wieder ihre Beliebtheit bestätigen. Die nächste achttägige Fahrt führt in den Harz und findet am Sonntag, dem 15. bis 22. September statt. Die Teilnehmergebühr beträgt 55 M. und umfasst alle Fahrgehalte ab Berlin, Übernachtungen (kein Massenquartier), gutes Mittagessen, erstes Frühstück und sonstige Befähigungs- und Führungskosten einschließlich Trinkgelder. Da noch einige Teilnehmerplätze frei sind, können sich Gewerkschaftsmitglieder und Angehörige im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Str. 7/10, III,

am Schalter „Rasse“ anmelden, gleichzeitig ist eine Anzahlung von 15 M. zu entrichten. Dort ist auch ein ausführlicher Reiseplan erhältlich, und es wird gern jede weitere gewünschte Auskunft über diese Gesellschaftsreise erteilt.

Unregelmäßigkeiten bei einer Wohlfahrtskommission. Im Bezirksamt Kreuzberg haben angestellte Prüfungen ergeben, daß in der Geschäftsführung des Vorstehers einer Wohlfahrtskommission Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Die subjektive Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Die Angelegenheit wird zurzeit von der Bezirksprüfungsstelle des Bezirksamts eingehend untersucht. Diese Stelle ist angewiesen worden, ihre Untersuchung möglichst zu beschleunigen. Es handelt sich bei den Unregelmäßigkeiten, soweit sich dies bisher feststellen läßt, um einige hundert Mark. Der beschuldigte Vorsteher hat sofort sein Amt niedergelegt.

Funkwinkel.

Die Veranstaltung des Senders Königsmusterhausen heißt „Zeitbericht“. Es sind Szenen aus dem vierzehnten Parteitag der russischen Kommunistischen Partei, bei dem Trocki und Sinowjew ausgeschlossen wurden. Sind diese Menschen schon zu Schemen oder Rhythmen geworden, daß man sie als Marionetten in einem Sendeispiel verwendet? Also diese Frankfurter Aufführung sucht nach den Akten die Vorgänge genau zu rekonstruieren. Aber, aber, ihr lieben Deutschen, sprachen in Moskau wirklich Heldentöne und Heldentüme? Wallenstein als Stalin konstruiert wirkt peinlich komisch. Bestimmt hätte sich Stalin mit diesem Theaterpathos eines pensionierungsreifen Marc Anton nicht durchgesetzt. Im vorigen Jahr landete Hamburg Neben von Seiten wie Cicero oder ähnlichen geschichtlich sanktionierten Heroen der Rhetorik. Sie alle verzapften Schillers Jambenpathos. Das ist entschuldbar und verständlich, aber mit Stalin, der doch in der Gegenwart wurzelt, liegen die Dinge anders. „Zeitberichte“ sind sicherlich eine gute Einrichtung der Funkstunde, doch sie dürfen niemals in „Wallsteins Lager“ auf einem kleinen, ehemaligen Hoftheater gespielt, ausarten. Jedenfalls sieht diesen Mimen die Nachwelt bestimmt keine Kränze.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Tel. 3 22.
Freitag, 13. September, 8.30 Uhr (Rosenstraße): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 21.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 22.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 23.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 24.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 25.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 26.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 27.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 28.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 29.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 30.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark. 31.30 Uhr (Königsplatz): 20 Uhr Sommerkonzert im Stadtpark.

Reichsbanner Republik. Sonntag, 15. September: Kreuzberg: 9 Uhr Schieren in Friedrichsstraße. Charlottenburg: 10 Uhr Schieren im Schützenhaus Lehndorff.

Konferenz des Reichsbanners. Am Freitag, 13. September, 19.30 Uhr, findet im Jugendheim Flughafen, 66 der Berliner Str. 66, ein Vortrag über „Die Arbeit bei Ungleichheiten“ statt. Die Eintrittskarten sind im Preis von 10 M. am Freitag, 13. September, bei der Geschäftsstelle des Reichsbanners in Kreuzberg bei den Geschäftsstellen.

Reichsbanner Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenener, Reich 1 Mitte. Freitag, 13. September, 20 Uhr, im Hotel S. Ruf, Brunnenstraße 140.

Send Berlin für Einheitskultur. Übung in allen Geschwindigkeiten jeden Freitag von 20-22 Uhr im Französischen Gymnasium, Reichsstraße 4, am Reichsplatz, und jeden Samstag von 20-22 Uhr im Schulhaus, Friedrichsstr. 20-21, am Wedding. Einlass frei, keine Aufnahme neuer Mitglieder zu jeder Zeit. Auskunft erteilt Frau Kaufmann, Berlin-Gröden, Postf. 207, 18 L.

Reichsbanner für Volk: Richard Gerstein; Vorsitz: G. Klingebiel; Geschäftsbüro: J. Weimer; Geschäftsstelle: Dr. John Schütz; Kasse und Kontingent: Walter Koenig; Kassier: Th. Giese; Schriftl. in Berlin.

Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Postf. 1000; Hermann-Berlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin S. 65, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Stadtblatte“.

Nicht am Essen sparen, beim Einkauf sparen! Also Karstadt-

Lebensmittel

Kolonialwaren	Obst und Gemüse	Weine u. Spirituosen	Fische	Wild u. Geflügel
Zucker fein Pfd. 0.26	Wasser-Melonen ungew. Pfd. 0.10	Apfelwein vom Faß Ltr. 0.58	Kabeljau a Kopf 1 gemess. Pfd. 0.27	Mastsuppenhühner Pfd. 0.98
Weizenmehl 000 Pfd. 0.17	Pflaumen halbe Pfd. 0.15	Gauweinheimer v. Faß Ltr. 1.00	Rotbarsch a Kopf Pfd. 0.19	Junge Hähnchen Pfd. 1.23
Burma-Vollreis Pfd. 0.19	Koch-Birnen Pfd. 0.35	Nierst. Domtal v. Faß Ltr. 1.50	Fischfilet Pfd. 0.33	Junge Tauben Pfd. 0.50
Makkaroni-Herbst Pfd. 0.48	Dattelwein süß Pfd. 0.33	Tarragona süß vom Faß Ltr. 1.05	Grüne Heringe 2 Pfd. 0.25	Prima Mast-Gänse Pfd. 0.98
Sultaninen ungew. Pfd. 0.35	Preißelbeeren schwed. 3 Pfd. 0.80	Malaga vom Faß Ltr. 1.20	Karpfen lebend Pfd. 1.50	Hirschragout Pfd. 0.35
Korinthen Pfd. 0.62	Schmorgurken 3 Pfd. 0.10	Muskat griech. vom Faß Ltr. 1.20	Aale, lebend Pfd. 1.70	Hirschblätter Pfd. 1.50
Zitronat Pfd. 1.60	Tomaten feine gesunde 4 Pfd. 0.30	Johannisbeerwein Pfd. Ltr. 0.85	Büchlinge Pfd. 0.28	Wildschwein Pfd. 1.20
Mandeln süß Pfd. 1.90	Kartoffeln gelb-fleischige 20 Pfd. 0.30	Stachelbeerwein v. Faß Ltr. 0.95	Lachsheringe 2 Stk. 0.35	Frische Rehheulen Pfd. 2.30
Butter und Käse	Delikatessen	1926er Kallstädter Reithaus Pfd. 1.00	Obst-Konserven	Konfitüre
Molkerei-Butter Pfd. 1.73	Salzgurken neu 2 Stk. 0.25	1926er Dürkh. Feuerberg Pfd. 1.10	Apfelmus 1/2 Dn. 0.65	Pflaumen Konfitüre ca. 1 Pfd. Glas 0.50
Süßrahm-Butter feinst Pfd. 1.98	Sensgurken Pfd. 0.55	1926er Chat. Margaux Pfd. 1.65	Heidelbeeren 1/2 Dn. 0.50	Kirsch-Konfitüre 1 Pfd. Glas 0.63
Tafelmargarine feinst Pfd. 0.50	Bratheringe 2 Stk. 0.25	1926er Gauweinheimer Pfd. 1.10	Mirabellen 1/2 Dn. 1.00	Johannisbeer Konfitüre ca. 1 Pfd. Glas 0.85
Allg. Schweizer-Käse Pfd. 1.60	Anchovis Gl. 0.45	1926er Bosenh. Berg (Wald) Pfd. 1.30	Stachelbeeren 1/2 Dn. 0.50	Himbeer Konfitüre ca. 1 Pfd. Glas 0.35
Tilsiter 35% Pfd. 0.80 20% Pfd. 0.65	Oelsardinen Clubhaus 0.50	1926er Liebfraumilch Pfd. 1.50	Reineclauden 1/2 Dn. 1.00	Erdbeer Konfitüre ca. 1 Pfd. Glas 1.60
Romadour Stk. 0.30	Brieslinge Norweg. in Öl oder Tomaten Dn. 0.50	1926er Piesporter Lay Pfd. 1.90	Ananas 1/2 Dn. 1.20	Apfel-Gelee ca. 1 Pfd. Glas 0.65
Harzer-Käse 1 Pfd. Pfd. 0.42	Pilchards (Tomaten) Dn. 1.10	Weinbrand 1 Ltr. Pfd. 4.80	Kirschen 1/2 Dn. 1.20	Kirsch-Gelee ca. 1 Pfd. Glas 0.75
Camembert Stk. 0.68	Makrelen Jap. 1 Pfd. Dn. 1.30	Weinbrand Veredeltes Ltr. Pfd. 4.10	Erdbeeren roh eingelangt 1/2 Dn. 1.65	Apfelkraut ca. 1 Pfd. Dn. 1.05
Konfitüren	Gemüse-Konserven	Rum 1 Ltr. Pfd. 3.25	Backwaren	Kaffee
Haushalt-Kakao Pfd. 0.58	Gemüse-Erbisen Dn. 0.50	Obstsekt mit Beeren Pfd. 1.20	Königskuchen v. Re. Stk. 1.00	aus eigener Rösterei
Bonbon Maltier und Himbeer Pfd. 0.45	Junge Erbsen mittelgroß 1/2 Dn. 0.98	Erdbeersekt Pfd. 1.95	Bremer Sandkuchen Stk. 1.00	Columbia-Mischung Pfd. 4.20
Milch-Bonbon Pfd. 0.20	Junge Erbsen fein 1/2 Dn. 0.98	Kümmel 1/2 Pfd. 2.25	Plunderbretzeln Stk. 0.20	Santos-Perl Pfd. 3.00
Pfefferminz-Pral. Pfd. 0.95	Stangen-Spargel 1/2 Dn. 2.80	Orangeade 1/2 Ltr. Pfd. 1.20	Bunte Schüsseln Stk. 1.25	Santos 4 Pfd. 2.60
Herrenkringel Pfd. 0.95	Brech-Spargel dünn 1/2 Dn. 1.95	Himbeersaft fein Ltr. 1.80	Div. Teegebäck 1/2 Pfd. 0.45	Konsum-Mischung Pfd. 2.20
Kokosmakronen Pfd. 0.95	Brech-Bohnen 1/2 Dn. 0.63	Wochenend-Konserven in reicher Auswahl	Berl. Napftuchen ca. Stk. 0.50	Auslese-Kaffee Pfd. 1.90
Teegebäck-Mischg. Pfd. 1.10	Sellerie in Schalen 1/2 Dn. 0.95		Div. Blechkuchen Stücken 0.50	Malzkaffee fein Pfd. 0.25
Schokoladen Vollmilch, Bittermilch, 100 gr. Pfd. 0.25	Rote Beete 1/2 Dn. 0.48		Vanille-Plätzchen Pfd. 0.80	Kornkaffee fein Pfd. 0.25
Wurst und Fleischwaren				Kaffegewürz Kahlbacher Patent 0.25
Sülze Pfd. 0.43	Schinkenpolnische Pfd. 1.35			
Sülzwurst Pfd. 0.85	Feine Leberwurst Pfd. 1.35			
Dampfwurst Pfd. 0.85	Zerelat- u. Salami Pfd. 1.68			
Berl. Mettwurst Pfd. 0.98	Plockwurst Pfd. 1.65			
Wiener Würstchen Pfd. 1.15	Teewurst Pfd. 1.85			
Fleischwurst Pfd. 0.98	Mausschinken fein Pfd. 2.15			
Fetter Speck Pfd. 1.20	Braunschweiger-Zerelat ca. Pfd. 2.20			
Streichmettwurst Braunschw. An. Pfd. 1.28	Spez. Käslerbraten Pfd. 2.80			

KARSTADT

U:BAHNHOF HERMANNPLATZ, DER KARSTADT-BAHNHOF

Erstklassiges Frisch-Fleisch aus eigener Groß-Schlächtereier

Kommunistischer Terror.

Um den wilden Rohrlegerstreik zu „verbreitern“.

Nicht lange mehr, und jeder Berliner Arbeiter, der nicht in den Sympathiestreit eintritt zugunsten des wilden Streiks, den der KPD-Beauftragte Niederkirchner eingeleitet, nachdem er die Rohrlegerbranche im Metallarbeiterverband gespalten hat, wird in der KPD-Presse als „Streikbrecher“ erklärt. Doch trotz aller Versuche, die Dinge in dem kommunistischen Zeitungspapier wie in Niederkirchners Streikverfammlungen auf den Kopf zu stellen, läßt sich aus schwarz nicht weiß machen, aus dem wilden Streik gegen die freigewerkschaftliche Organisation, für die kommunistische Sonderorganisation, kein regulärer Streik.

Die begonnene Spaltung soll durch den wilden Streik weitergeführt werden, und zwar zunächst in der Dreherbranche und bei den Bauarbeitern. Die kommunistisch geleitete Zimmererliste wird bald Befehl zur Solidarität bekommen, und auch die Zohlstelle der Schuhmacher wird sich einem Befehl der Zentrale nicht entziehen können. Umwelten beschränken sich die Befehle der Zentrale auf die Zeichnung der Sammellisten und Spenden für die Heilsarmeeaktion der KPD.

Der wilde Rohrlegerstreik ist eine kommunistische Parteispaltung und muß entsprechend gewertet werden. Noch ist es aber nicht soweit, daß die KPD-Zentrale pleit und die freien Gewerkschaften und ihre Mitglieder tanzen müssen. Solange die Herrschaften schimpfen, solange die Organisationspalter und Solidaritätsbrecher jeden Arbeiter generell als Streikbrecher abzustempeln suchen, der die wilde Niederkirchner-Aktion nicht mitmacht, lassen wir sie schimpfen.

Aber die „revolutionären“ Bravos gehen „zu Taten“ über. Sie bedrohen die zu tariflichen Bedingungen arbeitenden Gewerkschaftsmitglieder an der Arbeitsstelle, fordern die Bauarbeiter mit dazu auf, sie verfolgen diese „Streikbrecher“ auf dem Nachhauseweg und überfallen sie entweder auf der Straße oder im Hausflur ihrer Wohnung.

Gewerkschaftstreue Arbeiter werden von dieser streupelosen Kommunistenhorde in ihrem Hause als „Streikbrecher“ zu diffamieren versucht. Vor uns liegt ein Anschlagzeitel, wie sie an den Hausfluren der arbeitenden Rohrleger angebracht werden. Der Vordruck lautet:

Achtung!

Rohrlegerstreik!

In diesem Hause wohnt der Streikbrecher

Wohnung:

hier Hof Treppen

Diese Zettel werden mit dem vollen Namen des betreffenden Arbeiters und der genauen Wohnungsangabe ausgefüllt.

Damit nicht genug, scheuen die kommunistischen Kommandos auch nicht vor Hausfriedensbruch jurid. Sie gehen in die Wohnungen und bedrohen und mißhandeln die Ehefrauen unserer Genossen, die sie als „Streikbrecher“ beschimpfen.

Gestern früh, kurz nach 5 Uhr, hatte sich der Heizungsrohrleger Richard Höhne, Urbanstr. 26, wie gewöhnlich nach seiner Arbeitsstätte begeben. Die Ehefrau war dann allein in der Wohnung. Kurz nach 8 Uhr erschien ein Trupp von drei fremden Männern in der Wohnung des Ehepaars Höhne, von welchem die Ehefrau unter allgemeinen Beschimpfungen bedroht wurde. Unter anderem bezichtigte man den Ehemann des Streikbruchs. Frau Höhne forderte diese Leute auf, ihre Wohnung zu ver-

lassen, worauf sie tödlich angegriffen und geschlagen wurde. Der Täter war ungefähr 1,70 bis 1,74 Meter groß, bekleidet mit einem graumelierten Anzug. Sein Begleiter war ein Mann mit Hornbrille und mit einem dunkelblauen Anzug bekleidet.

Nachdem Frau Höhne in das Gesicht geschlagen worden war, verließen die Täter fluchtartig das Haus.

Mit solchen Terroraktionen soll dem wilden Streik zum Siege verholfen werden. Herr Niederkirchner muß seine Handlanger denn doch etwas mehr in ihrem Uebelweiser jügeln. Wenn etliche von ihnen erwischt und nach Gebühr behandelt werden, dann vergiebt das „revolutionäre“ Organ wieder Anstaltsstrafen über beschränkte Freiheit in der Republik. Das wird uns nicht hindern, alles daran zu setzen, um unsere Gewerkschaftsangehörigen vor dem Terror der KPD-Kommandos Niederkirchners und der KPD-Zentrale zu schützen.

Es muß sehr schlecht bestellt sein um eine „Aktion“, wenn sie mit so verwerflichen Mitteln betrieben wird.

Den ganzen Schwindelgeschichten, die von den Machern des wilden Streiks verbreitet werden, kann nicht im einzelnen nachgegangen werden. Notwendig ist jedoch folgende Feststellung:

Von der Vereinigung der Rohrleger und Helfer sind in letzter Zeit auf den Baustellen Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, nach denen sich der Verband der Kupferschmiede, Verwaltungsstelle Berlin, mit der Vereinigung der Rohrleger und Helfer solidarisch erklärt habe, indem er den streikenden Kupferschmieden, soweit sie als Heizungsmonitore tätig sind, während des Streiks hzm der Ausprägung Streikunterstützung zöhl. Wir stellen demgegenüber ausdrücklich fest, daß diese Gerüchte nicht den Tatsachen entsprechen. Soweit die organisierten Kupferschmiede in den Streik mit einbezogen worden sind, also ihre Baustelle verlassen mußten, werden sie von ihrem Verband nach seinen statutarischen Bestimmungen unterstützt. Voraussetzung dafür ist, daß die betreffenden Mitglieder des Verbandes der Kupferschmiede

1. den Revers der Firmen zwecks Anerkennung des Tarifvertrages, getätigt mit dem Deutschen Metallarbeiterverband und der Tarifgemeinschaft des Heizungsgewerbes unterzeichnet haben,

2. daß sie jegliche Streikkontrolle von der Zentralstreikleitung der Vereinigung der Rohrleger und Helfer Berlins ablehnen.

Die durch den Streik der Rohrleger in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder des Verbandes der Kupferschmiede sind verpflichtet, jegliche tariflich entlohnte Arbeit anzunehmen, und nur in den Fällen, in denen sie nicht in Arbeit vermittelt werden können, werden sie als Ausgesperrte geführt und unterstützt.

Der Verband der Kupferschmiede stellt also ausdrücklich fest, daß zwischen ihm und der Vereinigung der Rohrleger und Helfer keinerlei Verbindung oder solidarisches Verhältnis besteht und daß seine Mitglieder nur unter den vorstehenden Voraussetzungen unterstützt werden. Jedes andere in Umlauf gesetzte Gerücht beruht auf Unwahrheit.

Aus dem Versicherungsgewerbe. Tariffcheu der Provisionsgeneralagenten.

Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, hat er beim Reichsarbeitsministerium die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens gegen die Provisionsgeneralagenten beantragt. In der hierauf vom Reichsarbeitsministerium einberufenen Besprechung unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsrats Dr. Heuer, ersuchte der Sprecher der Provisionsgeneralagenten, die Einleitung weiterer Verhandlungen auf längere Zeit zu vertagen. Der Vertreter des Zhd. Brillke, widersprach einem solchen Verlangen und betonte, daß es den Provisionsgeneralagenten schon seit Januar 1928 möglich

gewesen wäre, die Dinge in ihrem Kreise zu besprechen. Das nochmalige Verlangen nach Vertagung trotz mehrfacher Verhandlungen läßt den Schluß zu, als ob von den Provisionsgeneralagenten der Abschluß eines Reichstarifvertrages unmöglich gemacht werden soll.

Nach längeren Verhandlungen wurde dann vereinbart, daß das Schlichtungsverfahren vom Reichsarbeitsministerium eingeleitet wird. Als Schlichter wird voraussichtlich der amtliche Schlichter für Mitteldeutschland, Herr Ministerialrat a. D. Hauschild, Erfurt, ernannt werden. Der erste Termin für die Verhandlungen vor dem Schlichter ist wahrscheinlich der 19. September 1929.

Verbandstag der Steinarbeiter.

Bildhauer und Steinmeße sterben aus.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht des Vorstandes brachten die Delegierten aus allen Gegenden des Reichs eine Menge Material darüber vor, wie auf der einen Seite Berufe aussterben und der andere Teil der Industrie auf das Modernste umgestellt wird. Nur ein Beispiel:

In Schlefien gab es vor dem Kriege 1400 Steinmeße und jetzt etwa 100, die teilweise Jahre hindurch arbeitslos sind. Darin ist zu ermessen, welch schwierigen Stand der Steinarbeiterverband in seiner Organisationsstätigkeit hat. Die Erfolge des Verbandes sind deshalb um so höher zu veranschlagen. In seinem Schlusswort ging der Verbandsvorsitzende Winkler auf die vorgebrachten kritischen Neußerungen in der mehr als zweitägigen Debatte ein. Er hob hervor, daß der Verband gegen die Mitglieder der sogenannten Opposition äußerst maßvoll gemessen sei. Wenn aber Witter, wie „Der rote Steinarbeiter“ und andere, die von berufsständischen Parlamentariern verantwortlich gezeichnet werden, in so unverantwortlicher Weise weiter gehen, dann kann der Verband diesem Treiben nicht mehr tatenlos zusehen. Die kommunistischen Mitglieder mühten deshalb daran erinnert werden, daß die Rücksicht auch einmal ein Ende haben könne. Eine nennenswerte Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes wurde nicht geübt.

Der Redakteur Siebold konnte in seinem Schlusswort feststellen, daß die Redaktion äußerst glimpflich behandelt wurde.

Von den Beschläffen zum Vorstandsbericht haben wir die Entschlieung zur Wirtschaftslage

hervor. Darin wird eine größere Berücksichtigung des Naturschutzes verlangt und festgestellt, daß die Besorgung ausländischen Steinmaterials sich für die Steinindustrie ungünstig ausgewirkt hat. Im einzelnen werden vom Verbandstag nachstehende Forderungen erhoben:

Größere Berücksichtigung der deutschen Steinindustrie bei Vergütung von Bauunterlagen aller Art; Verteilung der Aufträge über das ganze Jahr, damit zeitweise Überarbeit mit nachfolgendem Arbeitsmangel vermieden wird; Verkürzung der Arbeitszeit als ausgleichende Maßnahme gegenüber der menschliche Arbeitskräfte ersparenden technischen Rationalisierung der Betriebe; ausreichende Unterstützung der ohne ihr Beschäftigen arbeitslosen Personen. Strikte Ablehnung der Verschlechterung des bisherigen Unterstützungszustandes.

Entschlieungen der Kommunisten wurden gegen wenige Stimmen abgelehnt. Gegen die Entlastung des Vorstandes stimmten sechs Kommunisten.

Ein sehr wichtiges Kapitel für die Steinarbeiter behandelte Siebold, in seinem Referat

Gesundheitschutz und Unfallverhütung.

Von den Forderungen und Beschlüssen früherer Verbandstage ist manches erfüllt. Die Anerkennung der „schweren“ Staublungenerkrankung der Sandsteinarbeiter und die Muskel- und Knochenkrankung der Arbeiter mit Brechluftwerkzeugen wird vom Steinarbeiterverband nur als eine Abschlagszahlung angesehen. Weitere Schutzmaßnahmen müssen folgen. Die Verordnung der Regierung muß ausgedehnt werden auf die Staubschäden der Breißei-, Rarmor- und Granitarbeiter und der Schotterarbeiter in den Brechwerken.

Der Referent verbreitete sich dann in lehrreicher Weise über die Verordnung vom 11. Februar 1929, die Sandstein- und Brechluftarbeiter betreffend. Dabei wurde die Unteruchungsart der sogenannten „geeigneten“ Fachärzte einer gerechten Kritik unterzogen. Durch solche Ärzte werden alle Bemühungen des Verbandes für die Berufskranken zunichte gemacht.

Die Unfallgefahren und Unfallverhütung in der Steinindustrie und im Straßenbau wurden vom Referenten an Hand vielseitigen Materials unterucht. Der Vortrag Siebolds fand lebhaften Beifall. Er soll als Sonderbroschüre herausgegeben werden.

Führt nicht auch von Ihrem Weg eine Strasse zum Erfolg



Von jedem Lebenswege zweigt eine Straße ab, die zu betreten Erfolg und Glück bedeutet. Manche gehen achtlos an dieser einzigen Chance vorüber, sie trotten ängstlich den ausgefahrenen Pfad der Gewohnheit, Engherzigkeit und Enthaltbarkeit weiter. Die Straße des Erfolges, die auch Sie beschreiten wollen, verlangt Entschlossenheit und Schwung. Der Erfolgreiche ist eher da als alle anderen. Er ist kein Fußgänger. Er fährt einen 4 PS Opel. Eine Probefahrt von 15 Minuten wird Sie über-

zeugen. Besuchen Sie unseren nächsten Vertreter: er gibt auch Auskunft über die günstigen Opel-Zahlungsbedingungen.

Preis (ab Werk) 4fach bereift von RM 2100 an

OPEL

FÜHRT ZUM ERFOLG!

Arbeit im Dienste der Weltstadt.

Genosse Brolat über das Berliner Verkehrswesen.

Vor Treptower Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei sprach am Mittwochabend Genosse Fritz Brolat, das Vorstandsmitglied der Berliner Verkehrs-L.G., über das Berliner Verkehrswesen, seine Bedeutung und seinen Ausbau.

Als im Jahre 1927 nach langen Erwägungen in den städtischen Körperschaften die Berliner Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft von der Stadt übernommen wurde, hatten diejenigen recht behalten, die von Anfang an dafür eintraten, der Stadt ein Wertobjekt zu sichern, das sich den städtischen Werken würdig an die Seite stellen konnte. Das Gesellschaftskapital der drei Verkehrsunternehmen betrug bei der Bildung der BVG. 400 Millionen Mark, dürfte aber, sobald auch nur die dringendsten Untergrundbahnbauten vollendet sind, 1 Milliarde betragen. Im Vergleich zu dem Gesamtetat der Stadt Berlin, der mit etwa 1,2 Milliarden balanciert, sind also riesenhafte Kapitalien im Berliner Verkehr angelegt.

Die Hoch- und Untergrundbahn hat eine Gleislänge von etwa 80 Kilometern, die Straßenbahn von 700 Kilometern, der Omnibusverkehr hat sich in wenigen Jahren verdreifacht.

aber noch immer muß das Verkehrsnetz ausgebaut werden. Berlin muß jetzt nachholen, was seit etwa 30 Jahren bei der U-Bahn versäumt wurde, nämlich vorausschauend die Verkehrsanlagen so anzulegen, daß sie den ständig gesteigerten Bedürfnissen einer Millionenbevölkerung genügen können. Heute kostet ein Kilometer Untergrundbahnbau 12 Millionen Mark; die Kosten steigen sich bei besonders schwierigen Bauten, wie etwa am Alexanderplatz und an der Jannowitzbrücke, bis auf 18 Millionen Mark; Gleisanlagen und rollendes Material sind dabei nicht eingerechnet. Diese Riesensummen müssen natürlich verzinst und amortisiert werden, und wenn daneben noch die Ausgaben für die notwendige ständige Erneuerung der gesamten Anlagen hinzugerechnet werden, so ist zu verstehen, daß die Berliner Verkehrs-L.G. mit riesenhafte Umsätzen zu rechnen hat. Heute muß mit jedem Pfennig und mit jedem nichtgefahrenen Wagenkilometer gerechnet werden. Die von der Öffentlichkeit oft gestellte Frage, ob nicht der schnell einzurichtende Omnibusbetrieb der für die Gesellschaft billigste ist, verneinte Genosse Brolat. Während die Straßenbahn auf den gefahrenen Wagenkilometer 45 Pf. Unkosten rechnen muß, während bei der Hochbahn 52 Pf. anzulegen sind,

kostet der Wagenkilometer im Omnibusbetrieb 88 Pf.

Der Verschleiß an Chassis und Karosserie, an Motoren und Gummi ist beim Omnibus so stark, daß auf eine Rentabilität unter den gegenwärtigen Fahrbedingungen nicht zu rechnen ist. Berlin muß also mit Rücksicht auf den immer mehr steigenden Oberflächenverkehr den großen Personenbeförderungsvorteil unter der Straßenbedeckung verlegen. Genosse Brolat schätzte die Zeit, in der Berlin sich mit seinem Untergrundbahnnetz Paris und London an die Seite stellen kann, auf etwa 10 bis 15 Jahre. Nach den jetzt geltenden Abmachungen ist die BVG. allein verpflichtet, für den Personenverkehr in Berlin zu sorgen. Obwohl die BVG. eine rein städtische Gesellschaft ist, trägt die Stadt selbst zum Ausbau des Verkehrsnetzes nichts bei. Da erhebt sich doch naturgemäß die Frage, ob die Anlage einer zweiten Straße unter dem eigentlichen Straßenbahn nicht ebenso Sache der Stadt wäre, wie die Schaffung von Straßen schlechthin?

Wer willens ist, zu sehen und zu erkennen, wird zugeben müssen, daß seit der Inflation das Berliner Verkehrswesen auf eine ganz andere Basis gebracht worden ist. Unter der tatkräftigsten Leitung und Mitarbeit unserer Genossen im Stadtparlament, im Magistrat und in den städtischen Gesellschaften ist Ungeheures geschaffen worden: Straßen sind verbreitert, Gleisanlagen für die Straßenbahnen neu geschaffen worden; durch das engste Alt-Berlin ziehen sich die Röhren der Untergrundbahn und selbst die alte gute Spree ist an vielen Stellen untertunnelt worden: ein Verkehrsaufbau ist erfolgt, der eine radikale Umgestaltung des Stadtbildes im Gefolge hatte. Die Viermillionenstadt Berlin kommt eben mit Pferdebahnen und Fahrrädern nicht mehr aus, es müssen moderne Verkehrsmittel geschaffen werden! Genosse Brolat kam dann auf die

Personalspolitik in der BVG.

zu sprechen. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß es unmöglich ist, 28.000 Beschäftigte restlos in allen ihren Ansprüchen zu befriedigen, er erklärte aber gleichzeitig, daß es sein fester Wille sei, innerhalb eines Jahres geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen herzustellen. Die verschiedenartigsten der Bahne und der Manteltarife bei den früheren einzelnen Gesellschaften muß beseitigt werden, wenn es auch schwer sein wird, alles auf einen Renner zu bringen. Aber schon die letzten Verhandlungen, die in gutem Einvernehmen mit den beteiligten Gewerkschaften geführt wurden,

dürften dem Personal gezeigt haben, daß jetzt Leute an der Spitze der Gesellschaft stehen, die sozial zu denken vermögen.

Der Lohnetat der BVG. ist von rund 70 Millionen auf 84 Millionen Mark gestiegen.

Im neuen Manteltarif ist Urlaub, beginnend mit sieben Tagen, steigend bis zu drei Wochen, festgelegt. Eine besonders von den älteren Arbeitern freudig begrüßte Einrichtung ist die Gewährung eines dreitägigen Zusatzurlaubs für alle über 45 Jahre alten Beschäftigten. Die Kritik, die die Kommunisten und ihre Presse besonders an den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern der BVG. übten, lehnte Genosse Brolat ab. Er nannte sie gehässig und unwahr und bewies, daß sie von Leuten ausgeht, die aus der Gesellschaft eine Filiale ihrer Partei machen wollten, dabei aber Schiffbruch litten. Die gleichen Leute zetern jetzt über Besinnungsterror bei der BVG., wobei sie allerdings gestillt verschweigen, daß nicht die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, sondern neben der persönlichen und beruflichen Eignung die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit des Bewerbers ausschlaggebend für seine Einstellung ist.

Mit Unorganisierten, sagte Genosse Brolat, kann man keine Tarife abschließen

und selbst wenn man es wagen würde, hätte man keine Gewähr für ihre Durchführung. Das ist der ganze Kummer der gewerkschaftsfeindlichen Kommunisten und daher ihre wütenden Angriffe. Aber

die Leitung einer städtischen Gesellschaft ist nicht dazu da, sich täglich von zweifelhaften Elementen beschimpfen zu lassen. Die bisher dagegen ergriffenen Maßnahmen waren für die Gesellschaft wirksam, für die aktiv Beteiligten recht heilsam. Die Beherrschung der Gesellschaft, ihre richtige Führung, die Erhaltung und der Ausbau geschehen im Interesse der Berliner Bürgerschaft.

Die Arbeit, die dabei unsere Genossen verrichten dürfen, ist die beste sozialistische Gemeinschaftsarbeit

zum Wohle des Ganzen. Wenn auch die Parteigenossen, die durch das Vertrauen ihrer Parteifreunde auf verantwortliche Posten wie hier in der BVG. gestellt wurden, sich als Vertrauensleute der Partei fühlen müssen, so muß doch die Wahrung der Interessen der Gesellschaft oder sonstiger Einrichtungen oberstes Gesetz für ihr Handeln sein. Dabei darf selbstverständlich die Sorge um das materielle, soziale und kulturelle Wohl der Belegschaften in keiner Beziehung vernachlässigt werden. Genosse Brolat vertrat weiter den Standpunkt, daß

die sozialen Einrichtungen öffentlicher Betriebe Mustereinrichtungen sein müssen.

Allerdings muß der Fabrikationsbetrieb unter Anwendung aller technischen Neuerungen zu höchster Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Der öffentliche Betrieb muß mit dem Privatbetrieb konkurrieren können, sonst hat er seine Existenzberechtigung verloren.

Was im Berliner Verkehrswesen geschafft wurde, ist für jedermann klar zu erkennen, was projektiert ist, geschieht für die Bürger und ihre Stadt. Die Sozialdemokratie kann auf das Erreichte stolz sein, an das Bedorftene wird sie mit Eifer und Geschick herangehen.

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen werden zeigen, daß die Berliner Bevölkerung die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei zu würdigen weiß.

Berlin sorgt für unsere Jugend.

Jährlich werden 65 000 Kinder verschickt.

Die Berliner Sozialdemokratie hat es stets als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet, an den Kindern der Nachkriegszeit gut zu machen, was sie durch Jahre der Not und des Glucks ertragen mußten. Vor dem Kriege, unter der Herrschaft des berüchtigten Berliner „Kommunal-Freiwilts“ war von städtischer Kinderfürsorge kaum etwas zu spüren. Ein paar „Krippen“, beirat von kirchlichen Vereinen, einige privat geleitete Kinderkrippen, gelegentlich kleine gesellige Unterhaltungen aus Mitteln privater Wohltätigkeit — das war alles. Eine systematische Fürsorge der Stadt Berlin für ihre Kinder trat erst ein, als nach dem Kriege die Sozialdemokratie einen maßgebenden Einfluß in den städtischen Körperschaften erlangte. In der mannigfaltigen Fürsorge der Stadt Berlin steht mit an erster Stelle die Verschickung der Kinder in die städtischen Erholungsheime an der See, im Gebirge und in den reichen Waldgebieten des Flachlandes. Hier, in freier Luft, bei kräftiger Kost und guter Pflege erholen sich die Kinder oft in ungeahnter Maße. Die Ausreise der zu verschickenden Kinder geschieht in der unparteilichsten Weise durch Schulbehörde und Arzt. Die Einrichtung der freien Wohnfahrt in allen Ehren, aber, wie schon oben erwähnt, bietet sie keine Gewähr für eine unparteiische Arbeit und sie kann nicht entfernt leisten, was die Zeit erfordert. Die Gemeinde Berlin hat daher derartige Einrichtungen in großzügiger Weise von selbst geschaffen.

Von den 400 000 Kindern der Stadt Berlin und den etwa 1000 Kleinkindern oder Schulklassen kommen alljährlich etwa 65 000 Kinder in den Genuß eines längeren Ferienaufenthalts

in einem der zahlreichen Heime, die der Stadt gehören. Der Aufenthalt erstreckt sich in der Regel auf sechs Wochen. Noch kürzlich ist trotz der schweren Bednot in Scheuen in der Lüneburger Heide für 600 Kinder, in Rest an der Ostsee für 900 Kinder ein Heim entstanden. Bei Zossen ist der ehemalige „Soldatenpark“ zu einer Kindererholungsstätte vollkommener Art umgewandelt worden. Hier konnten Einrichtungen geschaffen werden für Kleinkinder, Schulklassen, Freizeitheime für die berufstätige Jugend, Krüppelkinderheime, Hauswirtschaftsheime für berufsschwache Mädchen, Haushaltungsschulen, Schullandheime und Kindergartenheime. Man sieht, wie die Stadt in der verschiedensten Richtung tätig ist, um die Wunden der Kriege- und der Nachkriegszeit zu heilen. Ein weiteres Ostseeheim ist in Ahrensdorf angekauft worden. Finanziell wurde das Verschickungswesen durch die Tarife der Reichsbahnverwaltung belastet. Es ist den Bemühungen der Stadtverwaltung gelungen, hier

durch Zusammenfassung der erholungsbedürftigen Kinder in Sonderzügen Erleichterung zu schaffen. Berlin hat mit seinen über 100 Kinderferienaufenthaltsstätten eine Organisation geschaffen, die im ganzen Reich nicht ihres gleichen hat, und die richtunggebend für andere Landestelle geworden ist. Schließlich ist mit dem Transportschiff „Baldur“ ein Dealer Ferienaufenthalt für ältere Jungen und Mädchen entstanden. Dazu kommt für die Dabeimgebliebenen ein Erfolg durch die Spielplätze in der Umgebung von Berlin.

Die Kinder auf den Spielplätzen.

Ein Rückblick auf die letzten fünf bis sechs Jahre Berliner Kinderfürsorge zeigt eine wesentliche Steigerung aller Leistungen. Die Stadt besitzt jetzt zwölf Ruhezugsplätze, die vom zentralen Jugendamt verwaltet werden. Während der Schulferien kommen die Kinder an den bestimmten Sammelstellen zusammen und werden von dort mit der Bahn oder Straßenbahn hinausbefördert. Weit ab von den gefährlichen Straßen des Stadtimern, auf sonnigen Wiesen, bleiben sie hier den ganzen Tag an der freien Luft, behütet von Leitern und Leiterinnen.

In den Sommerferien 1929 wurden diese Spielplätze von 351 727 Kindern besucht, im Jahre 1928 waren es 329 554 Kinder.

Die tägliche Durchschnittszahl betrug 13 027. Der höchste Tagesbesuch belief sich auf ungefähr 16 000. Wahrscheinlich wäre der Besuch noch bei weitem stärker gewesen, wenn wir nicht gerade in der Ferienzeit einige kühle Regentage bzw. trübes Wetter zu verzeichnen gehabt hätten. Am meisten besucht wurde der Spielplatz Buhldorf; er hatte eine tägliche Durchschnittszahl von 1670 Kindern. Unter den Kindern befanden sich 45% Freilinder, d. h. solche, für die die Stadt sämtliche Kosten trägt. Die Verpflegung auf den Ferienaufenthaltsplätzen ist in diesem Jahre noch verbessert worden. Am Abend nach vollbrachter Tageslast und -lust werden die Kinder wieder heimgeführt: nach den Sammelplätzen, ermüdet vom Spiel, aber gestärkt und erholt.

Aber immer noch mehr wollen und müssen wir schaffen! Fort mit unseren Kindern von der gefährlichen Straße ist unsere Parole. Licht, Luft und Sonne sollen sie haben. Die bürgerlichen Parteien haben auch in dieser wichtigen Frage keinerlei Initiative entwickelt, oft mühte gegen ihren Widerstand gearbeitet werden. Wir müssen deshalb gemeinsam alle Kraft dafür einsetzen, daß bei den Wahlen am 17. November die Sozialdemokratie in sicherer Mehrheit in das Stadtparlament einzieht.

Deine Wirtschaftsbeteiligung



KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

ÜBER 1000 FILIALEN

5% RABATT
IN MARKEN
ZUCKER AUSGESCHLOSSEN

Erfolgreiche Arbeit städtischer Betriebe.

15. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung des Bezirks Treptow nahm von der Besserung der Volkverhältnisse in Johannisthal Kenntnis. Genosse Lehner ergrübelte das Bezirksamt, für die weitere Besserung der Volkverhältnisse in Johannisthal, die noch immer einen dorfsähnlichen Charakter hätten, bemüht zu sein. Eine ausgiebige Debatte löste der günstige Geschäftsbericht des Bezirksführers aus. Genosse Reumann sprach im Auftrage der Fraktion seine Freude über die günstige Bilanz aus und wies darauf hin, daß hier erneut ein Beweis für die Notwendigkeit kommunaler Betriebe gegeben sei. Die bürgerlichen Vertreter verjachten durch kleinliche Verzerrungen den günstigen Eindruck herabzumindern. Ihre Ausführungen wurden durch Genossen Bürgermeister Grunow und Stadtrat Peters gebührend zurückgewiesen. Die Kommunisten führten bei dieser Gelegenheit Beschwerde, daß bei der Verfassungsfeier des Bezirksamts das Reichsbanner ein städtisches Auto benutzt hat. Genosse Stadtrat Peters erklärte, daß auch der KPD. und den Deutschnationalen, wenn sie im nächsten Jahre dem Bezirksamt bei der Veranstaltung der Verfassungsfeier behilflich sein sollten, ein ähnliches Entgegenkommen gezeigt werden würde. Der vorgelegte Geschäftsbericht des städtischen Bestattungsinstituts in Niederschöneweide zeigt den gleichen günstigen Stand wie der des Bezirksführerparks. Die Bezirksversammlung beschloß im Dr. Adlershof folgende Straßenumbenennungen vorzunehmen: für die Straße 10 = Friedländer Straße, für die Straße 11 = Bernstädter Weg, für die Straße 13 = Bohrauer Platz, für die Straße 14 = Bärborfer Seite, für die Straße 15 = Frenstädter Aus, für die Straße 16 = Münchener Gang, für die Straße 17 = Lohmayer Steg. Zur Einrichtung eines Kindergartens in Altglienicke wurden die angeforderten Mittel bewilligt. Zur Beratung einer Vorlage des Bezirksamts betreffend Bewilligung einer Entschädigung an Wohlfahrtskommissionvorsitzer wurde gemäß unserem Antrage ein Ausschuß eingesetzt. In einer Petition beschwerten sich die Bewohner der Reichsheimstättenfiedlung in Johannisthal über Geruchsbelästigung durch Dungaufschüttung. Nach dem Bericht des Genossen Osten beschloß die Bezirksversammlung, das Bezirksamt zu ersuchen, alles zu unternehmen, den Uebelstand abzustellen. Die Rechtsfraktion beantragte, den Wochenmarkt in

Adlershof zu verlegen. Aus den Ausführungen ihres Redners ging deutlich hervor, daß der Wunsch der Verlegung wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, damit der in der Nähe befindliche private Wochenmarkt bessere Entwicklungsmöglichkeit hat. Der Genosse Becker stellte dies besonders fest und beantragte, den Antrag abzulehnen. Die Bezirksversammlung beschloß dementsprechend. Ein anderer Antrag der Rechtsfraktion, der sich mit baulichen Veränderungen im Straßenbild in Adlershof beschäftigt, wurde angenommen, da das Bezirksamt sich bereits seit längerer Zeit mit der Angelegenheit beschäftigt. Schließlich hatte die Rechtsfraktion ihren Wahlzettel noch in einem Antrage, die Straßenumbenennungen einzustellen, Luft gemacht. Unserem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung stimmte die Versammlung zu. Die Kommunisten begründeten mit viel Stimmenaufwand aber wenig Geist einen Antrag zur Neugestaltung des Erwerbslosen-Versicherungsgebietes. Der Genosse Lempert hielt ihnen ihr ganzes Sündenregister auf diesem Gebiete vor, was zeitweise lautes Brüllen bei den Kommunisten auslöste. Der Antrag der KPD. wurde nach ausgedehnter Debatte, an der sich alle Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen beteiligten, abgelehnt.

Neue Grünflächen in Reinickendorf.

Wenn man bedenkt, daß der Bezirk Reinickendorf ungefähr die Größe Alt-Berlins hat und die Waldflächen durchweg an der West- und Nordwestseite liegen, die weitaus meisten Einwohner aber in der Südoberseite wohnen, so wird man verstehen, daß auch in diesem Bezirk neue Erholungsstätten notwendig geworden waren.

Zu einer Wanderung nach dem Schäfersee hatte das Bezirksamt die Bezirksversammlung kürzlich eingeladen. Es ging aber nicht wie sonst durch staubige Straßen, sondern zum größten Teil durch schöne, gepflegte Grünanlagen. Die heute noch fehlenden Zwischenstücke sollen auch noch demnächst gelegt werden, so daß ein durchgehender Grünstreifen entsteht. Vom Schäferpark über die bereits fertigen Anlagen am Schäfersee geht es immer an der Beltener Bahn entlang bis zu dem Park der Wittener Heilstätten. Dieser Park ist auch als zukünftiger Teil des Grünflächenzuges gedacht. Von hier kommt man zum Rathaus Bittenau über die neue Bogenbrücke hinein in das Steinberggelände. Der Baumbestand ist erhalten geblieben und außerdem frisches Unterholz angepflanzt worden. Wenn man das malerische

Hermesdorf-Tegeeler Mühlenteich, das auch erhalten bleiben soll, durchquert hat, sieht man den Dauerwald vor sich.

Niemals wäre das Projekt zur Durchführung gekommen, wenn nicht die Einheitsgemeinde Groß-Berlin gebildet worden wäre. In den letzten 7 bis 8 Jahren haben sich die Grünflächen im Bezirk Reinickendorf, in dessen Bezirksversammlung unsere Genossen führend sind, um mehr als das Vierfache vergrößert.

Ein neues Jugendheim in der Frankfurter Allee.

In wertvollster Raumausnutzung hat das unter sozialdemokratischer Leitung stehende Jugendamt Friedrichshain es verstanden, in der Frankfurter Allee 307 eine Etage früherer Fabrikräume zu einem musterhaften Jugendheim umzubauen. Jugendgenossen moderne Einrichtungen schaffen eine gute Heimstätte für die meist in schlechten Wohnungen lebenden Angehörigen besonders der proletarischen Jugendkräfte. Die drei großen Heimgemächer — Friedrich Ebert, Walter Rathenau und Hermann Löns benannt — dienen den Heimeranstaltungen zahlreicher Kinder- und Jugendgruppen. Mehr denn 200 Besucher haben hier allabendlich Platz. Neben der wertvollen Bildungsarbeit, die hier wird geleistet werden können, hat das Jugendamt durch die Einrichtung einer Anlage für Sichtbildvorführungen eine weitere Grundlage für erfolgreiche Arbeit geschaffen. Auch in anderer Weise entspricht das Heim modernsten englischen und pädagogischen Anforderungen.

Die Ueberführung der Landsberger Allee.

Die Ueberführung der Landsberger Allee über die Ringbahn, die in ihrem ursprünglichen Teil noch aus dem Jahre 1860 stammt, ist bei einer Breite von nur 14 Meter, die nur einen einseitigen Straßenbahnverkehr gestattet, den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs schon seit längerer Zeit nicht mehr gewachsen, zumal die Landsberger Allee als Ausfallstraße immer größere Bedeutung gewonnen hat. Gleichzeitig wird aber auch eine Verlängerung der Brücke dadurch erforderlich, daß für die Eröffnung der zweiten Fleischgroßmarkthalle der preussische Minister Handel und Gewerbe an die Genehmigung die Bedingung geknüpft hat, daß eine direkte Verbindung zwischen dem alten Schiachhof und den neuen Fleischverkaufshallen unter der Landsberger Allee hergestellt wird.

A. HEFTER SEIT 75 JAHREN

Hefers billige Qualitäts-Fleischwaren:

Rouladen 1,40 p. Pfd.
Kalbschnitzel 1,00

Hefers frische Blut- und Leberwurst
in unerreichter Frische und Güte

Zur Einsegnung ein Hefterbraten!

Hefers 1a Ochsenfleisch, feinster Stallmast
Hefers 1a Lammfleisch, feinster Stallmast
Hefers 1a Doppellender-Kalbfleisch

Die Zierde ihrer Festtafel

Hefers allerfeinste Mayonnäsesauce | Lieferung
Hefers delikate Aufschnittsbelegen | frei
in feiner Anrichtung | Haus!

Ausnahmeangebot soweit Vorrat

Zerelatwurst im Fettdarm 1,80 p. Pfd.

1a frische Oderbrucher Hafer-Mastgänse

Gänseausschlachtung in den Filialen

Danziger Straße 3/4
Rheinstraße 28
Wilmersdorfer Str. 64
Goltzstraße 33
Oranienstraße 160

erst einmal,
bald öfter,
dann immer

A. HEFTER



Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schiffverleiherin verleiht Ernst
Strohm, Admiralkreuz 18 d.

Für das „Volkblatt“ in Halle-Saale
wird ein politischer

Hauptschriftleiter

zum sofortigen Antritt gesucht. In
Betracht kommt nur ein Bewerber
mit welcher politischer Erfahrung,
der auch guter Journalist ist und
Sinn für moderne Aufmachung der
Zeitung hat. — Bewerbungen mit
Gehaltsansprüchen bis zum 18. Sep-
tember an die Geschäftsleitung des
„Volkblatt“, Halle-Saale,
Gr. Märkerstr. 6.

ABSETZERINNEN UND LEISTEN-
DE SCHNEIDERINNEN auf Rina-
Gehalts- und neuen hohen Lohn sofort ge-
sucht. General-Motors G. m. b. H., Pla-
Bergringel, Charlottenburger Str. 11/26.

Jugendsekretär gesucht

Die Bezirksleitung der SPD, Leipzig
sucht eine tüchtige Kraft als Jugend-
sekretär. Der Antritt soll am 1. Januar
1930 erfolgen. Genossen, die mit den
besonderen Aufgaben der sozialistischen
Arbeiterjugend vertraut, organisatorisch,
rednerisch und pädagogisch befähigt
sind, wollen ihre Bewerbung mit An-
gabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der
Arbeiterbewegung bis zum 15. Oktober
an das Bezirkssekretariat Gen. Carl
Schroder, Leipzig C 1, Tauchaer Str. 19-21,
einreichen. — Die Anstellung erfolgt
nach den Bedingungen des Vereines
Arbeiterpresse.

Bezirksvorstand der SPD, Leipzig.

Stellengesuche

Buchhändler

geleiteter Sortimentler, 28 Jahre,
aus SAJ hervorg., sucht passende
Stellung. Offerten unter D 23 an
die Expedition des Vorwärts.



MARGARINE

Der Geist
des Erfinders
und sein Urteil nach 60 Jahren:

Sie lösten mein Problem am besten.
In Ihrer Marke liegt die höchste
Vervollkommnung meiner Erfindung.

Rama-Qualität-Blauband-Qualität
vereinigt zur Höchst-Qualität:



Rama
im Blauband

doppelt so gut
½ lb 50 Pfg.
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

MÈGE MOURIÈS,
ein bekannter Chemiker, erfand 1869
die Margarine; das darauf erteilte
Patent ging 1871 in den Besitz der
Firmen Jurgens-Van den Bergh
über, welche zuerst die Margarine
fabrikmäßig herstellten.